Hamburg, 2. Juli 1893. Nr. 1. 1. Jahrgang.

ZENTRALBIBLIOTHEK DER GEWERKSCHAFTEN · FDGB

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiterverbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nummer: 4559.

Herausgeber: H. Stubbe in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannkuch, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: Alb. Röske, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 ₰,
Vergnügungs-Anzeigen 15 ₰, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittelungen 10 ₰ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

An die Verbandsgenossen!

Mit dem heutigen Tage nimmt der auf dem diesjährigen Holzarbeiterkongreß in Kassel gegründete Holzarbeiterverband seine Thätigkeit auf. Wenn auch vorläufig nur die Organisationen der Tischler, der Drechsler, der Stellmacher und der Bürsten- und Pinselmacher in denselben aufgehen, so wird es nur eine Frage der Zeit sein, wann die anderen, der Holzarbeiterbranche zuzuzählenden Gewerke dem Holzarbeiterverband beitreten. Der Zeitpunkt, wann solches geschehen wird, kann und wird nur von Zweckmäßigkeitsgründen diktirt werden. Prinzipielle Bedenken haben von keiner Seite gegen den Holzarbeiterverband bestanden. Scheelsüchtig wird somit derselbe von keiner Seite betrachtet.

Die Berufe, so dem Holzarbeiterverband noch fern geblieben sind, glauben in dem engeren Rahmen der Berufsorganisation nachdrücklicher für die Ausbreitung der Organisation unter den Berufsgenossen wirken zu können. Auf anderer Seite war es Mangel an Vertrauen. Man handelte nach dem Grundsatz: „Vorsicht ist die Mutter der Weisheit.“ „Abwarten,“ lautete die Parole. Erst will man sehen, ob der Holzarbeiterverband die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Gehen sie in Erfüllung, nun dann ist durch den Beitritt nichts zu riskiren, sondern nur zu gewinnen.

Da prinzipielle Bedenken dem Industrieverband von den der Holzarbeiterbranche angehörenden Berufen nicht entgegengebracht werden, wird es für die Leitung des Verbandes eine um so leichtere und freudigere Aufgabe sein, den Beweis der größeren Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung durch die größere Organisation zu erbringen.

Die gleiche Aufgabe hat das Organ, die „Holzarbeiterzeitung“ zu erfüllen. Die Fachblätter der vier Spezialberufe haben zu erscheinen aufgehört. Damit sind vier streitbare Kämpfer aus der Frontlinie der Arbeiterbataillone geschieden; aber nur geschieden, damit in der „Holzarbeiterzeitung“ in konzentrirterer Form zum Sammeln gerufen werde. Es gilt, die Kraft der vier geschiedenen Streiter nicht nur zu ersetzen, sondern zu vervollständigen, zu erhöhen, wuchtiger zu gestalten.

Die vornehmste Aufgabe der „Holzarbeiterzeitung“ ist, die Leitung des Verbandes zu stützen, die Bestrebungen des Verbandes zu fördern, den Kollegen des Verbandes im Besonderen und der Arbeiterklasse im Allgemeinen zu dienen. Dieser Aufgabe werden der Verlag und die Redaktion der „Holzarbeitung“ unermüdlich gerecht zu werden versuchen.

Wir hoffen, durch die Unterstützung der Verbandsgenossen, die wir in weiser Nachsicht, Aufdeckung gemachter Fehler und treuer Mitarbeiterschaft erwarten, unsere Pflicht dahin erfüllen zu können, daß unser Ehrgeiz, den Holzarbeiterverband und das ihm dienende Organ als Pionier der deutschen Arbeiterbewegung ansehen zu dürfen, Befriedigung findet.

Darum, Verbandsgenossen, mit altgewohnter Energie, mit dem alten, oft bewährten Opfermuth, der Zähigkeit und Ausdauer in der neuen Schlachtordnung, unter neuer Flagge mit der alten Devise: „Vorwärts“ zum letzten, heiligen Kampf, zum endgültigen Sieg.

Mit kollegialischem Gruß

Verlag und Redaktion.

Der Militarismus und die Jugenderziehung.

Die bürgerliche Gesellschaft sieht sich in allen ihren Schöpfungen schließlich zu Maßnahmen gezwungen, die in ihren Wirkungen als Vorarbeit für die sozialistische Gesellschaft angesehen werden können. Auf den verschiedensten Gebieten kann man die von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrem eigensten Interesse — Steigerung wie Sicherung des Profits — getroffenen Maßnahmen und deren Wirkungen als das Hineinwachsen der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft verfolgen. In erster Linie ist die bürgerliche Gesellschaft außerordentlich thätig und rührig, den Profit zu steigern. Die Profitsucht ist bis zur fixen Idee, bis zum Wahnsinn ausgeartet. Alles wird derselben geopfert. Die edleren Regungen des Herzens und des Gemüths werden von derselben erstickt, der Mensch zu einem kalt berechnenden, seinen Nebenmenschen nur als Zahlenfaktor in Rechnung ziehenden Egoisten herangebildet. Unter Umständen, wo man es ungestraft glaubt thun zu können, gehen Sitte, Moral und Ehre zum Teufel. Es ist geradezu lächerlich, wenn Advokaten, die einen reichen Spitzbuben vor der Bestrafung des gemeinen Diebstahls zu schützen suchen, auf das Vorhandensein der Kleptomanie — der Sucht, nichts liegen lassen zu können, wie der Volkmund sagt, außer heißem Eisen und Mühlensteinen — reagiren. Ebensogut könnte man behaupten, seitdem die privatkapitalistische Großproduktion die Profitsucht in früher ungeahntem Maße ausgebildet hat, ist die Kleptomanie eine Gesellschaftskrankheit geworden, der die Besitzer der Arbeitsmittel sammt und sonders verfallen sind.

Die Steigerung des Profits führt die bürgerliche Gesellschaft bereits dazu, den individualistischen Großbetrieb als eine überwundene Arbeitsform zu betrachten. Die Trusts, Kartelle und Aktiengesellschaften, als die Arbeitsform der gesellschaftlichen privatkapitalistischen Produktion, verdrängen die erstere bereits in erheblichem Umfang. Wird diese Arbeitsform die allgemeine — und sie ist auf dem besten Wege dazu —, so braucht sie nur ihres privatkapitalistischen Charakters entkleidet zu werden, und sie wird den Anfangsformen der sozialistischen Produktionsweise entsprechen. Wenn darum auch die Arbeiterklasse im jetzigen Stadium der wirthschaftlichen Entwickelung schwer unter den Schattenseiten der privatkapitalistischen Produktion zu leiden hat, so erblickt sie in denselben doch wieder das Mittel, welches sie einer schöneren und besseren Zukunft entgegen führt. Deshalb bekämpft die Arbeiterklasse alle die Bestrebungen, die auf eine rückläufige Konzentration des Arbeitsprozesses abzielen. Derartige Bestrebungen sind reaktionär, sollen nur dazu dienen, den Kreis der Ausbeuter zu verschieben, in etwas auszudehnen. Unser Endziel dagegen ist die Beseitigung der Ausbeutung in jeder Form. Dieses Ziel ist dann erreicht, wenn die in der gesellschaftlichen Produktionsform Jedem auferlegte Arbeitspflicht die einzige Erwerbsquelle zur Bestreitung seines Lebensunterhalts geworden ist. Dann wird es sich bewahrheiten, daß Derjenige, der nicht arbeiten will, auch nicht essen soll.

Die Wuth, die Sucht, die Gier der bürgerlichen Gesellschaft, den Profit in's Ungemessene, in's Fabelhafte zu steigern, zwingt sie, die Produktion in Formen zu spannen, wie sich solche die sozialistische Gesellschaft, als ihrer ersten Unterlage, bessere nicht wünschen und auch nicht schaffen kann.

Wohin die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer an Wahnsinn grenzenden Bereicherungssucht steuert, kommt ihr nachgerade auch zum Verständniß. Sie sieht den Abgrund am Ende der schiefen Ebene, auf der sie gleitet und der sie zu verschlingen droht. Sie ist deshalb auf ihre Sicherheit, auf die Sicherung der Ausbeute der menschlichen Arbeitskraft bedacht. Bisher reichten feuer- und diebessichere Geldschränke oder Gewölbe aus, den Priestern des Mammons Beruhigung zu gewähren. Für alles Andere hatte der Staat, wie sich schon Lassalle sarkastisch ausdrückte, die umfassendsten Nachtwächterdienste zu leisten. Der Staat bez. seine Regierung benutzt die Furcht der besitzenden Klassen um die Sicherheit ihrer zusammengescharrten Reichthümer, die eigene Macht zu vervollkommnen. Beide, Staat und besitzende Klassen, sehen seit dem stets mehr steigenden Einfluß der Arbeiterklasse ihr Heil und ihre Rettung einzig und allein im Militarismus. Letzterem ist die zweifache Rolle zugetheilt, den Schutz erweiterter Absatzgebiete zu übernehmen, d. h. den Grenz- und anderen Nachbarn Respekt einzuflößen, als auch der aufstrebenden Arbeiterklasse den Glauben an die Allmacht der Staatsgewalt einzuimpfen.

Nach dem heutigen Stand der Entwickelung der Waffentechnik gehören, um die erstere Aufgabe erfüllen zu können, Riesenarmeen. Dieselben in der von der Regierung verlangten Größe aufzustellen und zu unterhalten, wird an der finanziellen und personellen Unmöglichkeit scheitern. Wir haben von Anfang an die Ansicht vertreten, daß, wenn selbst der neugewählte Reichstag einen entschiedenen Zug nach links aufweisen wird, oder richtiger, gerade aus diesem Grunde wird der neugewählte Reichstag eine Majorität für die Bewilligung der Militärvorlage zusammenstoppeln, und es werden dann kritische Zeiten eintreten, bis sich die Ueberzeugung Bahn bricht, daß das Volk die ihm zugemutheten Lasten weder in finanzieller noch in personeller Beziehung zu tragen im Stande ist. Der Zeitpunkt wird und muß dann eintreten, daß man den Gedanken an die Bekämpfung des „inneren Feindes“ aufgeben muß und nur sein Augenmerk auf die Vertheidigung des nationalen Verbandes zu richten hat. Dann wird man sich erinnern, daß die Sozialdemokratie auch auf diesem, dem militärischen, Gebiete praktische und zweckentsprechende Vorschläge der Landesvertheidigung schon zu der Zeit gemacht hat, als man sie als eine Rotte vaterlandslosen Gesindels verdächtigen zu können glaubte.

Die Staatsweisen glauben noch an keine Erschöpfung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Volkes. Wer jedoch in und mit dem Volke lebt, ist vom Gegentheil überzeugt. Am 15. d. M. konnte man Erfahrungen sammeln, wie tief und einschneidend der Nothstand im Volke vorhanden ist. Tausende und Abertausende braver Arbeiter, denen die Arbeitslosigkeit die Wohlthaten der Armenpflege und damit die politische Rechtlosigkeit aufgehängt hatte, standen zähneknirschend bei Seite, stumme und doch so beredte Zeugen der Verelendung des Proletariats. Der Niedergang des Mittelstandes kommt in der antisemitischen Agitation zum Ausdruck. Wer diesen Nothschrei der an einen Strohhalm sich klammernden untergehenden Schichten nicht zu deuten versteht, wird dafür von den späteren Ereignissen recht unangenehme Ueberraschungen erfahren.

Dann aber soll und darf es nicht Aufgabe der Staatsweisheit sein, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Volkes zu erschöpfen oder bis zur Grenze der Erschöpfung anzuspannen. Die Aufgabe einer weisen Staatsverwaltung muß es vielmehr sein, die wirthschaftlichen Kräfte des Volkes zu schonen, dieselben zu heben, sie für Arbeiten des Kulturfortschritts verfügbar zu machen. Letzteres zu wollen und die Wehrkraft des Landes nach dem System auszubauen, daß alle Wehrfähigen bei den Fahnen dienen, das sind zwei Dinge, die einander ausschließen, die nicht miteinander zu vereinbaren sind.

Ebensowenig wie die Regierung zugeben will, daß das Land am Ende seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sei, ebensowenig will man zugestehen, daß der Mangel an brauchbarem Menschenmaterial sich fühlbar machen werde. Ob das zugestanden wird oder nicht, ändert nichts an der Thatsache, daß das Proletariat der Städte und der Industriezentren in seinem Habitus in immer weiter vorschreitender Verkümmerung und Verkrüppelung begriffen ist. Den sich hieraus ergebenden Ausfall hat das platte Land zu decken, wodurch den kleinen Landmann die personellen Lasten des Militarismus doppelt drücken würden. Der Rückgang der wirthschaftlichen und noch mehr der der personellen Leistungsfähigkeit wird die Regierenden zwingen, mit dem Militarismus zu brechen und die Kraft, Stärke und Widerstandsfähigkeit der Nation in der Volkswehr zu suchen.

Es ist wunderbar, daß Leute, denen die Errichtung und Einführung der Volkswehr nichts weniger als sympathisch ist, doch im Hinblick auf die Erkenntniß der Verkümmerung des Volkes, dieselbe Jugendausbildung und Erziehung verlangen, die wir als die Unterlage einer rationellen, billigen und doch erschöpfenden Volkswehr betrachten.

Wir verlangen, daß von einem bestimmten Alter an, sagen wir dem zehnten Lebensjahre des Knaben, dessen turnerische Ausbildung von dazu befähigten Lehrern unter dem Gesichtspunkte militaristischer Marschübungen betrieben wird. Eine eigentliche Rekrutenausbildung in dem heutigen Sinne würde dadurch überflüssig. Die erstmalige Dienstzeit würde eine minimale und die periodisch wiederkehrenden Uebungen würden nur eine Darstellung der Uebungen der ständigen Kampfvereine im großen Style darstellen. Die heutigen Militär-, Krieger- und Landwehrvereine sind doch bloße Spottgeburten in Bezug auf die Pflege patriotischen Geistes oder gar militärischer Schulung. Sie sind nichts weiter als Brutstätten knechtseliger Bedientenhaftigkeit und papageienhafter Wichtigthuerei.

Wir betonten, daß auch von anderer Seite Werth gelegt wird auf die Jugendausbildung in körperlicher und geistiger Beziehung. Die einseitigen, mechanischen Verrichtungen der meisten Arbeiter tragen dieselben an dem einen oder dem anderen Körpertheil sichtbar zur Schau. Jeder halbwegs seine Umgebung Beobachtende ist im Stande, an der Körperhaltung des Menschen dessen Beruf zu erkennen. Manche dieser Kennzeichen führen bis zur Verunstaltung des Menschen, die durch Vererbung typisch in Familien werden können, so z. B., wenn sich der Sohn wieder dem Berufe des Vaters zuwendet, was in der Regel der Fall ist.

Was heute in Bezug auf Jugendausbildung und Erziehung derselben geleistet wird, ist mangelhaft, dürftig zu nennen. Die turnerische Ausbildung der Kinder ist eine begrenzte, auf dem Lande kaum oder garnicht gekannte. Nach der Schulentlassung ist sie eine freiwillige, für die harmonische Körperentwickelung nicht in Betracht kommende. Soll die harmonische, Körper und Geist gleichmäßig stärkende turnerische Jugendausbildung betrieben werden, so muß sie staatlich organisirt, zwangsweise ausgeführt werden. Ueber kurz oder lang wird auch der heutige Staat durch die Erschöpfung des Menschenmaterials bei den von dem Militarismus vorzunehmenden Aushebungen gezwungen werden, der Jugendausbildung näher zu treten. Es wird sich dann zeigen, daß dasselbe Werkzeug, das der Sicherheit und Steigerung des Profits zu dienen bestimmt war, mit Ursache wird, einen zweckdienlichen Arbeiterschutz anzubahnen.

Jugendausbildung, Jugenderziehung, turnerische Spiele und militärische Uebungen der Jugend und in letzterer Beziehung der Reservisten bedingen Verkürzung der Arbeitszeit, um den Betheiligten Zeit und Muße zu all den erforderlichen Dienstverrichtungen zu verschaffen. Somit würde und müßte, soll das Ideal der gesammten Wehrfähigkeit der Nation erreicht werden, die Einführung des Achtstundentages, unter der Voraussetzung der Profitschmälerung der Besitzer der Arbeitsmittel, die nothwendige Konsequenz sein. Also weit entfernt, daß der Ausbau des Militarismus die einzige Sicherheit der Aufbewahrung nach seinen Schöpfern zu garantiren im Stande ist, wird er, weil aus finanziellen und personellen Gründen unausführbar, zur Volksbewaffnung und Jugendausbildung führen, Beides ein Glied in der Kette der Maßnahmen, die das Ende der privatkapitalistischen Ausbeutung einleiten.

Die Gewerkschaftsbewegung in Ost- und Westpreußen.

Unter dieser Ueberschrift finden wir im „Sozialpolitischen Centralblatt" folgende beachtenswerthe Ausführungen:

Während die Arbeiter der westlichen Provinzen Deutschlands sich schon längst gewerkschaftlich organisirt haben, um eine Verbesserung ihrer gesammten wirthschaftlichen und geistigen Lage zu erkämpfen und man infolgedessen immer wieder und wieder aus diesen Gegenden von Strikes, Boykotts 2c. hört, ist von allen diesen Dingen in den östlichen Provinzen Deutschlands, namentlich in Ost- und Westpreußen, bisher noch gar nichts, oder doch nur äußerst wenig zu hören gewesen.

Zwar bestehen auch hier schon in den größeren und mittleren Städten seit einer Reihe von Jahren gewerkschaftliche Organisationen, jedoch vegetiren dieselben fast überall nur kümmerlich und haben auf wirthschaftlichem, sowie auch auf geistigem Gebiete so gut wie noch nichts erreicht. In Königsberg sind organisirt: die Bildhauer, Böttcher, Buchdrucker, Drechsler, Glaser, Hutmacher, Kupferschmiede, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Sattler, Schneider, Schuhmacher, Steinsetzer, Tischler, Töpfer und Zimmerer. In Danzig: die Böttcher, Buchdrucker, Hutmacher, Kupferschmiede, Lithographen, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Tischler, Töpfer und Zimmerer. In Thorn: nur die Zimmerer, in Bromberg (um diese benachbarte Stadt mit zu nennen): die Maurer. In Insterburg sind die Buchdrucker, in Tilsit die Schuhmacher, Tischler und Zimmerer, in Memel die Bauarbeiter und Maurer organisirt. Auch besteht an letzterem Orte eine gemeinschaftliche Organisation sämmtlicher Handwerksgesellen. Weiter bestehen noch in Elbing einige gewerkschaftliche Organisationen.

Die Mitgliederzahl dieser Organisationen ist überall eine so geringe, daß dieselben nicht im Stande sind, auch nur den geringsten Druck auf das Unternehmerthum auszuüben. In Königsberg sind z. B. von 3000 Metallarbeitern nur 60 organisirt, trotzdem die Organisation schon Jahre besteht und tüchtige Leute an der Spitze derselben stehen. Fast ebenso verhält es sich mit allen anderen Organisationen.

Eine Statistik über die Stärke der einzelnen Organisationen aufzustellen, ist mir nicht gelungen, da einzelnen Gewerkschaftsführern noch das nöthige Verständniß hierfür fehlt. Auch mangelt es den Leitern der Gewerkschaften vielfach noch an jedem Solidaritätsgefühl, sie sind noch in dem Glauben befangen, daß sie auf einer höheren Gesellschaftsstufe ständen, als die Arbeiter anderer Branchen und sind ferner der Meinung, daß sie mit diesen keine gemeinsamen Interessen hätten.

Wenn wir nun fragen, woher es kommt, daß die gewerkschaftliche Bewegung in diesen Provinzen keine Fortschritte gemacht hat, so werden wir die Ursache schließlich in den wirthschaftlichen Zuständen dieser Provinzen zu suchen haben. Die östlichen Provinzen besitzen einen überwiegend landwirthschaftlichen Charakter. Die zunehmende Industrie und der Handel brauchen neue, brauchen mehr Arbeitskräfte. Da nun aus den westlichen Provinzen so gut wie gar kein Zuzug zu verzeichnen ist, weil die Arbeiter jener Provinzen sich in einer viel besseren wirthschaftlichen Lage befinden als die Arbeiter dieser Provinzen und deshalb diese meiden, so rekrutiren sich diese Arbeitskräfte größtentheils aus der ländlichen Arbeiterklasse, die mit den ländlichen Arbeitsverhältnissen unzufrieden geworden sind und deshalb Beschäftigung in der Industrie oder im Handel suchen. Diesen Leuten nun, die bisher keine persönliche Freiheit gekannt haben, die die „Herrschaft" um Erlaubniß bitten mußten, wenn sie ausgehen wollten, die, laut der geltenden Gesindeordnung, mit gesetzlichem Rechte gezüchtigt worden sind, erscheinen die elendiglichen wirthschaftlichen Verhältnisse, die hier in der Industrie und im Handel herrschen, kurz, ihre jetzige Lage, als eine wahrhaft paradiesische, da sie ja jetzt nach Beendigung ihrer Tagesarbeit nicht mehr um Erlaubniß zu bitten brauchen, wenn sie einmal spazieren gehen wollen, da sie jetzt nicht mehr mit „Du", sondern mit „Sie" angeredet werden und keinem gesetzlichen Züchtigungsrecht mehr unterliegen. Was in unseren Augen als menschenunwürdig gilt, ist über ihr früheres Loos so hoch erhaben, daß ihnen der Gedanke einer Vereinsgründung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ganz fern liegt.

Darum aber spielt das niedere Bildungsniveau dieser Arbeiter eine große Rolle. Auf dem Lande liegt die Schule in den Händen der Großgrundbesitzer, und die Kinder werden infolgedessen mehr zur Arbeit als zum Schulbesuch angehalten. Die Schulbildung hier im Osten ist gering. Die Leute können kaum lesen, der größte Theil muß mühsam jedes Wort zusammenbuchstabiren; zu schreiben, wenigstens einigermaßen leserlich, ist nur der kleinste Theil befähigt.

Ein großer Theil der Arbeiterbevölkerung, namentlich der intelligentere, verläßt diese Provinzen, um in den westlichen Gegenden Beschäftigung zu suchen und kehrt nie wieder zurück, weil die Arbeitsverhältnisse dort viel bessere sind. Dadurch gehen diesen Provinzen gerade die zur Führung befähigten Elemente verloren. Weiter haben wir mit eingreifenden Maßregelungen zu rechnen. Für die Gemaßregelten ist es in diesen Provinzen viel schwerer, wieder Beschäftigung zu finden, da die Industrie noch in den Kinderschuhen steckt. Dann aber, glauben wir, trägt der übermäßige Alkoholgenuß der Arbeiter dieser Provinzen wohl auch zu der mangelhaften gewerkschaftlichen Organisation etwas bei. Schnaps wird hier von den Arbeitern in riesigen Mengen konsumirt, dagegen Bier viel weniger. Eine Folge hiervon ist, daß die Arbeiter keine Säle zu ihren Versammlungen erhalten, da die Inhaber dieser Lokalitäten keinen Branntweinausschank haben.

Alle diese Faktoren wirken zusammen, um die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter dieser Provinzen zu einer äußerst schwierigen zu machen, so daß die Arbeiter in absehbarer Zeit es wohl kaum zu ordentlichen Gewerkschafts-Organisationen bringen werden, wenn sie nicht von den Arbeitern des Westens, namentlich in pekuniärer Hinsicht, Unterstützung erhalten. Bekanntlich hat ja nun der Halberstädter Gewerkschaftskongreß, der im vorigen Jahre stattfand, den Beschluß gefaßt (wohl hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Arbeiter der östlichen Provinzen es sind, die den Unternehmern des Westens bei jedem Streik als Streikbrecher dienen): daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen zu betreiben hat, deren Arbeiter noch nicht organisirt sind. Zu diesen Gegenden gehören aber in aller erster Linie Ost- und Westpreußen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat freilich jetzt auf diesem Gebiete noch nicht viel thun können, da sie noch immer mit pekuniären Schwierigkeiten arbeitet, welche durch den großen Hamburger Tabakarbeiterstreik hervorgerufen sind. Im Sommer des vorigen Jahres gab obige Kommission ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache an die Arbeiter der östlichen Provinzen Deutschlands heraus, in welchem die Arbeiter zur gewerkschaftlichen Organisation aufgefordert wurden und auch mitgetheilt wurde, daß auf Wunsch Redner zur Abhaltung von Versammlungen gesandt werden würden. Jedoch sind an die Generalkommission dieserhalb nur sehr wenige Aufforderungen ergangen.

Im Monat Februar d. J. war ein Vertreter der Generalkommission in Ost- und Westpreußen, um die Vorarbeiten zur weiteren Agitation in diesen Provinzen auszuführen, resp. um mit den schon bestehenden Gewerkschaften die Pläne für das weitere Vorgehen auszuarbeiten. Aus dieser Veranlassung wurden sogenannte Gewerkschaftskartelle in Königsberg, Danzig und Thorn (in letzterer Stadt ist dasselbe noch im Entstehen begriffen) in's Leben gerufen. In Königsberg und Danzig sind in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen aller Branchen Agitationskommissionen gewählt worden, die die gewerkschaftliche Agitation in den Provinzen betreiben sollen. Hierzu erhalten sie dauernde Geldmittel von der Generalkommission. Zwar sind schon früher derartige oder ähnliche Kommissionen vorhanden gewesen, doch scheiterten die früheren Versuche an der Geldfrage; da diese Schwierigkeit jetzt so gut wie beseitigt ist, so ist zu erwarten, daß auch hier im fernen Osten die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung allmälig Fortschritte mache.

Königsberg i. Pr. Br. Poersch.

„Der Unverstand der Massen."

Es giebt, besonders unter den Praktikern der Arbeiterbewegung, bedauerlicherweise viele Leute, welche der theoretischen Agitation, der Propaganda der Belehrung, dem Appell an das Denkvermögen der arbeitenden Klasse nur eine sehr untergeordnete Bedeutung beilegen, obgleich sie selten — sagen wir unvorsichtig genug sind, ihrer geringen Meinung von der Denkfähigkeit und dem Wissensdurst der Proletarier Ausdruck zu verleihen. Wir halten diese Skepsis, die sich auf das Dogma von dem Unverstand der Massen stützt, für mindestens stark übertrieben. Denn wenn wir auch nicht naiv genug sind, anzunehmen, es könnte gelingen, die modernen Lohnsklaven, deren geistige Bedürfnisse in geradezu frevelhafter Weise vernachlässigt werden, in Gelehrte zu verwandeln, so berechtigt uns doch die inhaltsreiche Entwickelungsgeschichte der Arbeiterbewegung zu der Behauptung, daß es noch nie einen wirklich großen Kultur-

gedanken gegeben hat, der von den Massen nicht begriffen worden wäre, sofern ihr Gelegenheit gegeben war, sich mit ihm vertraut zu machen.

Und wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welcher Gier und Unersättlichkeit der Riesenschwamm Kapital alle innerhalb der Gesellschaft in Erscheinung tretende Energie an sich zu ziehen und aufzusaugen sucht, müssen wir uns wundern über das immerhin beträchtliche Maß von Intelligenz und Wissen auf Seiten unserer Arbeiter. Aber gerade dieser Umstand ist es, der uns den Mangel rationeller Volksbildung, die natürlich die Möglichkeit, das Gelernte im praktischen Leben zu verwerthen, einschließen würde, so tief beklagen läßt. Denn die unter den ungünstigsten Verhältnissen erzielten Resultate lassen im entgegengesetzten Falle auf großartige Erfolge schließen.

Es ist wahr, die wißbegierigen Arbeiter, die so glücklich disponirt sind, um ihre intellektuellen Bedürfnisse höher anzuschlagen, als die problematischen Genüsse, die ein gedankenloses Dasein ihnen zu bieten vermag, haben große, beinahe unerschwinglich scheinende Opfer zu bringen, wenn sie sich aus dem Sumpfe der Gemeinplätzlichkeit herausarbeiten, wenn sie das geistige Niveau ihrer Klasse überragen wollen. Aber ihre Zahl ist im Zunehmen begriffen. In den Reihen der Ausgebeuteten macht sich ein Trieb nach Wissen und geistigen Genüssen bemerkbar, der, so unangenehm er auch den Herren der Welt und ihren verschiedenartigen Handlangern sein mag, als ein Kulturfaktor zu betrachten ist, dessen Bedeutung nicht genug gewürdigt werden kann. Denn das ist unsere feste Ueberzeugung, solange die intellektuellen Elemente der neuen Gesellschaft, die wir erstreben, nicht wenigstens annähernd denselben Grad von Vollkommenheit erreicht haben, wie die materiellen, bleibt diese Gesellschaft ein unerreichbares Ideal.

Uebrigens möchten wir den „Theoretikern des Massenunverstandes" zu bedenken geben, daß die zahlreichen Agitatoren und Organisatoren, die innerhalb der Arbeiter-Organisationen thätig sind und selbst in Zeiten allgemeiner Stagnation durch ihre Aufopferung, ihr Zielbewußtsein, ihre Thatkraft die Bewegung am Leben und das Interesse für dieselbe wach halten, daß diese Leute beinahe sammt und sonders gezwungen waren, sich das Wissen, dem sie ihre einflußreiche Stellung in der Bewegung verdanken, gewissermaßen zu stehlen! Erziehen sich nicht die organisirten Arbeiter in ihren eigenen Reihen die Agitatoren, die sie später hinausschicken in das Lager der Indifferenten, um Rekruten zu werben!

Und die Arbeiterpresse, als deren zuverlässigsten Freunde doch vor allen die denkenden Arbeiter zu betrachten sind, könnte sie existiren, wenn das Dogma von dem „Unverstand der Massen" eine mehr als relative Bedeutung hätte?! Wäre sie bestandsfähig, wenn nicht beträchtliche Arbeitermassen dieselbe Weltanschauung hegen würden, die sie vertritt?! Oder hat vielleicht Jemand den Muth und die Unverschämtheit, die Leser der Arbeiterpresse als Idioten und Dummköpfe zu brandmarken?!

In der Intelligenz der Arbeitermassen liegt das Heil der Welt, denn die schönsten materiellen Verhältnisse, und wären ihre Entwickelungsgesetze bis in die kleinsten Details hinein bekannt und logisch begründet, sind nicht im Stande, der Herrschaft des Kapitals und ihren Begleiterscheinungen ein Ende zu machen, so lange die Volksmassen sich nicht bemüßigt fühlen, sich ihrer in zweckentsprechender Weise zu bedienen. Die Initiative der Ausgebeuteten ist nothwendig, wenn das Ausbeutungssystem beseitigt werden soll. Und die Arbeiterpresse hat die Aufgabe, die schlummernde Intelligenz in den Köpfen der Arbeiter zu wecken, ihr gesunde Nahrung zuzuführen, damit sie wachse und sich entwickele, und sie auf das Gebiet hinzuweisen, auf dem sie sich mit Erfolg bethätigen kann.

Entwickelung oder Revolution?

Entwickelung oder Revolution? Es sind der berufenen Gesellschaftsretter nicht wenige, die mit dieser, neuerdings sehr beliebt gewordenen Phrase hausiren gehen und von Jedem, der das Unglück hat, vor die unheimliche Mündung ihrer Schwadronirbüchse zu gerathen, eine unumwundene Antwort verlangen. Als ob zwischen diesen beiden Begriffen ein „oder" überhaupt am Platze wäre? Es ist wahr, Entwickelung klingt vornehmer, wissenschaftlicher, gebildeter und genießt selbst in den Salons der Wohlanständigkeit Gastfreundschaft, während der Begriff der Revolution ebenso sehr verabscheut wird, wie die Thatsache selbst. Und trotzdem können wir uns kaum eine gesunde Entwickelung denken, weder auf intellektuellem noch auf materiellem Gebiete, die nicht von Zeit zu Zeit zu Umwälzungen führte, die der Entwickelung neue Bahnen öffnen.

Entwickelung und Revolution sind Gegensätze wie Saat Ernte. Sie bilden eine Einheit, die ohne diese beiden Faktoren nicht denkbar wäre. Wie wir auf keine Ernte rechnen können ohne Aussaat, so ist auch die Saat zwecklos weggeworfen, wenn sie nicht die Elemente antrifft, die ihr Heranreifen bedingen. Wenn die natürliche Wärme der Bruthenne die Entwickelung der im Ei lebenden Keime soweit gefördert hat, daß das Küchlein im Stande ist, die Schale zu zersprengen, und sein Recht auf eine individuelle Existenz geltend zu machen, ist das dann Evolution oder Revolution? Könnte das Küchlein in's Leben treten, ohne die entwickelungsförderliche Thätigkeit der Bruthenne? Und wäre diese ganze Thätigkeit des Thieres nicht umsonst, wenn das junge Leben nicht Kraft genug besäße, die beengende Schale zu zersprengen?

Das Brüten — das Element der Entwickelung in diesem Werdeprozeß — und das Zerbrechen der Schale — das revolutionäre Element — gehören zusammen. Nur durch ihr Zusammenwirken kann neues Leben entstehen, können neue Gebilde in Erscheinung treten.

Genau so verhält es sich mit diesen beiden Begriffen in ihrer Anwendung auf das gesellschaftliche Leben. Eine politische und soziale Revolution ist nur dann möglich und — was offenbar die Hauptsache ist — erfolgreich, wenn die gesellschaftliche Entwickelung ihre Existenzbedingungen geschaffen, wenn diese Entwickelung sie nothwendig gemacht hat. Das sind sonderbare Entwickelungsmeier, die sich fürchten, die letzte Phase des Entwickelungsprozesses, gewissermaßen die Krönung des Werkes, beim rechten Namen zu nennen! Und das sind heitere Revolutionäre, die die Nothwendigkeit, oder sagen wir lieber die Natur des Entwickelungsprozesses zu verkennen vermögen!

Was versteht man denn unter Entwickelung? Kann sie etwas Anderes sein, als naturgemäße Entfaltung und Bethätigung lebendiger Kräfte und Fähigkeiten mit der Tendenz, ihre größte, durch ihr eigenes Wesen begrenzte Leistungsfähigkeit, Ausdehnung, Stärke und Vollkommenheit zu erreichen! Eine Revolution aber ist das Bemühen, Zustände, Institutionen, Anschauungen, welche den Bedürfnissen der Menschen, ihren Rechts- und Moralbegriffen, die im Laufe der Zeit wesentliche Veränderungen erleiden, nicht mehr entsprechen, im Einklang mit dem allgemeinen Entwickelungsstadium der Gesellschaft so umzugestalten, daß sie den beabsichtigten Zweck erfüllen.

Da aber seine Bedürfnisse den Menschen, die gesellschaftlichen Bedürfnisse aber die Gesellschaft ausmachen, so folgt daraus, daß die Befriedigung dieser individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse die Vorbedingung ist für eine gesunde individuelle und gesellschaftliche Entwickelung. Wenn wir also Einrichtungen beseitigen, die der Entwickelung der Gesellschaft und des Einzelnen nachtheilig sind, fördern wir lediglich die Entwickelung. Daß ein Derartiges revolutionäres Eingreifen immer dann nothwendig wird, wenn entwickelungsfeindliche Kräfte sich geltend machen, wenn Elemente thätig sind, mit der Absicht, die Entwickelung in falsche Bahnen zu drängen, sie aus ihrem natürlichen Bette abzuleiten, dürfte klar sein. Da nun aber jeder Entwickelungsprozeß ein fortgesetzter Kampf mit feindlichen Gewalten, ein ununterbrochenes Ueberwinden von Hindernissen ist und die Resultate der einzelnen Entwickelungsperioden wesentlich verschieden voneinander sind, das Gesammtresultat aber, sofern ein solches zu erreichen ist, nothwendigerweise das Gegenstück bildet zu dem Ausgangspunkte des ganzen Prozesses, so kommen wir zu dem Schlusse, daß jede gesunde Entwickelung im Grunde nichts Anderes ist, als eine Revolution.

Wer also Entwickelung sagt, gleichviel ob er das menschliche Denken oder die menschliche Gesellschaft im Auge hat, der meint Revolution. Und ob es sich um eine neue Weltanschauung oder eine neue Gesellschaftsordnung handelt, beide sind Resultate der Entwickelung. Es kann also nicht heißen: „Entwickelung oder Revolution?" sondern Entwickelung und Revolution!

Soziales aus Großbritannien.

In London fand kürzlich eine Konferenz statt, die sich mit der sozialen und industriellen Lage der Frauen beschäftigte. Daselbst wurde mitgetheilt, daß vor 50 Jahren eine Näherin in den größeren Städten einen Durchschnittslohn von $2\frac{1}{2}$ d pro Stunde gehabt habe, während dieser Lohn trotz des ungeheuer gefallenen Geldwerthes jetzt nur $1\frac{1}{2}$ d betrage.

Und während die Näherin des Th. Hood (Dichter des Liedes vom Hemde, welches stets jedes mitleidige Herz tief ergreift) noch ihr eigenes Stübchen hatte, in welchem sie ihr Elend verbergen konnte, hat die heutige englische Näherin noch alle Schindereien auszustehen, welche mit dem Ausschwitzsystem zusammenhängen.

In den Sweatinghöhlen des Eastend, größtentheils von russischen Juden geleitet, da werden Frauen von 6 Uhr Morgens bis 8 und 10 Uhr Abends, ja sogar bis Mitternacht, zu dieser Frohnarbeit gezwungen, und zwar trotzdem das Fabrikgesetz eine solche Schinderei verbietet. Hemdennäherinnen an der Maschine erhalten 7—9 d pro Dutzend. Sie können $1\frac{1}{2}$ Dutzend täglich fertig machen, wenn sie bis Mitternacht oder noch später bei der Arbeit bleiben. Für die Anfertigung eines Rockes erhält eine Frau $7\frac{1}{2}$ d. Bei 15stündiger Arbeit kann sie höchstens 4 Röcke anfertigen und also einen Tagelohn von za. 36 d verdienen. Davon werden noch die Kosten für die Anfertigung der Knopflöcher abgezogen und für Seide und Zwirn.

Von der Erfindung der Nähmaschine und anderen großen Fortschritten haben die Arbeiterinnen also keinen Nutzen, sondern Schaden gehabt. Noch mehr, durch die kapitalistische Produktionsweise versklavt, können die englischen Näherinnen mit Recht singen: „Nicht Linnen ist's, das Ihr verschleißt — Nein, armes Menschenleben!"

Sicher sind die Engländer, abgesehen von ihrer Politik, ein braves Volk, das unsere vollsten Sympathien verdient. Dennoch darf ein Menschenfreund nicht schweigen über schreckliche Gegensätze in dieser Kultur, namentlich über den schandbaren Londoner Mädchenhandel.

Man würde ungerecht sein, zu behaupten, daß viele englische reiche Leute gänzlich taub für die Armen seien; denn es werden alljährlich ungeheure Summen für Einrichtungen vererbt und vergeben, welche bestimmt sind, das Loos der Armen und Elenden zu mildern. Aber die Verwaltung in den Händen der sogenannten kirchlich Frommen verschlingt stets den größten Theil der Summen.

Die Missions- und Bibelgesellschaften entziehen den Armen alljährlich Millionen und nützen so gut wie gar nichts. Nur dem Namen nach kennen die fetten Damen und Herren, welche an der Spitze stehen, den Hunger und die Noth. Was für Geld wird nicht verschwendet, um Spanien und Italien, Palästina protestantisch zu machen. Durch zahlreiche Kriegsschiffe wird der Sklavenhandel unterdrückt, den Chinesen in einem mörderischen Kriege aber die Opiumpfeife in die Hände gedrückt. Malen und Klavierspielen am Sonntage wird für gottlos erklärt.

Man kann solch inkonsequentes und sinnloses Gebahren nicht anders als bornirte Religiosität nennen.

Miß May E. Abraham bereist ganz Schottland und hält überall Vorträge ab zum Besten der Arbeiterinnen, welche zahlreich zu den Unionen übertreten. Die Löhne sind sehr niedrig, 5—8 sh pro Woche für Erwachsene und für Mädchen 1 sh 6 d—2 sh 6 d pro Woche. Wenige verdienen 12—15 sh pro Woche, vielleicht sind dies nur 5 Prozent aller Arbeiterinnen. Leider verhalten sich die Gewerkschaften noch immer sehr apathisch und indifferent den Bestrebungen der Arbeiterinnen gegenüber, theilweise aus Unverstand, vielleicht spielt auch Konkurrenzneid dabei eine traurige Rolle. Miß Abraham, Miß Taylor von Glasgow finden Beifall und täglich mehrt sich der Beitritt zu den Trades-Unions.

In den Straßen der Riesenstadt London, welche nach den neuesten Ermittelungen 4 211 056, also etwas weniger als Irland, Bewohner zählt, suchen jugendliche Frauen und Mädchen ihren Lebensunterhalt. Von 16 000 Fällen waren 3000 frühere Köchinnen und Dienstmädchen, 2667 Näherinnen, 1617 Verkäuferinnen und 1050 Kellnerinnen. Merkwürdig ist die große Zahl der Dienstmädchen, da dieselben doch viel weniger freie Zeit haben, sich unter das Publikum zu begeben, als die Andern. Sie sind aber meist ungebildeter, kennen die böse Welt wenig kennen und gerathen aus Dummheit und Unerfahrenheit leichter in die Prostitution hinein.

In Bethnall Green wurde von der bekannten Millionärin Burdett-Coutts eine großartige Markthalle zum Besten der Nachbarschaft errichtet. Sie ist jetzt infolge ihrer Unzweckmäßigkeit geschlossen worden. Lady Jenne, welche viel für Arbeiterinnen geschafft hat, macht jetzt den anscheinend guten Vorschlag, diese Halle in einen Volks-Feenpalast umzugestalten. Er soll mit Schwimm-, Bade- und Turnanstalten, Räumen für Vorträge, Konzert und Tanzschulen und andere gesunde Vergnügungen für die Arbeiter ausgestattet werden. Auch Bibliothek und Lesehallen sollen darin eingerichtet werden. Die Arbeiterfrau mit ihrem Kinde auf dem Schooß, der Arbeiter, seine Pfeife rauchend, sollen, den Tönen der Musik lauschend, natürlich bei freiem Eintritt, ihre Freistunden verbringen. Die Socialdemokratische Federation will eine Audienz bei der Bar. Burdett-Coutts nachsuchen, um mit ihr alles Weitere zu erörtern.

Wo mögen die Pfarrer ihre Frauen herholen, welche mit so meisterhafter Unverschämtheit sich weibliche Hülfe zu verschaffen wissen? Gewöhnlich trägt die Annonce den Titel „Helferin im Haushalt". Sie lassen diese unglücklichen Mädchen wie die Sklaven arbeiten und behandeln sie auch insolent. Aber sie verlangen noch außerdem 10 sh pro Woche für Beköstigung, die elend genug ist. Auch Kellner müssen umsonst arbeiten, erhalten aber freie Beköstigung und Trinkgelder, welche 20—30 sh pro Woche betragen. Es erinnert dies an die alte Anekdote von dem holländischen Kanalboot, wo man die Reise für 8 Gulden mitmachen kann, Diejenigen aber, welche das Boot mitziehen helfen, brauchen nur den halben Preis zu erlegen für die Reise.

Es ist traurig, hierbei bemerken zu müssen, daß die Trunksucht der englischen Frauen sich nicht blos auf London beschränkt, sondern womöglich im frommen Schottland alles Maß übersteigt. In Glasgow wurden im vergangenen Jahre allein 10500 betrunkene Weiber in's Gefängniß gesperrt. In Dublin kamen 10 000 solche Fälle vor. Es tritt hier eine Erscheinung zu Tage, die in anderen Ländern nicht Ihresgleichen hat. In den wenigen Jahren von 1878 bis 1884 hatte sich in England, und namentlich in Wales, die Zahl der trunksüchtigen Frauen verdoppelt, sie betrug 1884 bereits 9451. In London beläuft sich ihre Zahl auf 8000. Sie vermehrte sich in einem Jahre um 500. Meist die Folge von Elend, was sie vergessen wollen im Whiskyrausch.

Jedermann ist erfreut über die Strafe, zu welcher Frau Chr. Mercier, 156 Brompton-road, und Herr E. Bussell, daselbst Nr. 175, Westend, Damenkleidermacher, verurtheilt worden sind. Sie hatten die gesetzliche Arbeitszeit überschritten und die unglücklichen Arbeiterinnen auf das Grausamste ausgebeutet. Gerade bei dieser fashionablen Kleidermacherei werden die armen, meist früher den glücklichsten Lebenslagen angehört habenden Mädchen furchtbar gequält. Nur 48 Mal im Jahre sind Ueberstunden erlaubt, allein diesmal ermittelte S. Lakemann, der Fabrik-Inspektor und Schrecken der Ausschwitzer, daß obengenannte Firmen 148 Mal diese Zeit überschritten hatten. Der Richter de Rutzen verurtheilte sie für jeden der ermittelten Fälle mit 6 £ 13 sh bis 2 £ 17 sh und verwarnte sie, für kommende Fälle noch strenger auftreten zu wollen.

Für 18 £ jährlich kann man eine Köchin miethen. Ein Pastor verlangte für seinen Haushalt außerdem, daß sie eine geübte Chorsängerin, musikalisch, auch Helferin in Schule und Hospital und sehr fromm sein sollte. Vielleicht findet diese Unglückliche, wenn sie nach diesem Modellhause kommt, daß man ihr zumuthet, die Kühe zu melken und den Gemüse- und Obstgarten zu warten, vielleicht auch die Familien-Korrespondenz als Sekretär zu führen. Glück zu solchem Schatz! (Auch in Deutschland findet man solche Annoncen von Pastorenfrauen im „Daheim".)

Der Barnet Branch der vereinigten Zimmerer und Bautischler hat einen Streik beschlossen mit vollständiger Zustimmung des Londoner Distriktsrathes. Alle Leute vom Bau werden ersucht, von London fort zu bleiben, bis eine Einigung erzielt ist. Auch in Brighton sind die Zimmerer und Bautischler, auch die Maurer und Handlanger in den Streik eingetreten. Ihnen hat sich die Bauarbeiter-Union angeschlossen. Die Unternehmer sollen den Lohn um $\frac{1}{2}$ d pro Stunde erhöhen und sich den Regeln der Bauarbeiter-Union fügen. In Northhampton kamen 500 Bauarbeiter in Ausstand, um 1 d pro Stunde zu erzielen, welche Forderung die Unternehmer abschlugen. In Hanley kam eine Einigung zu Stande. Bleiben noch die Zimmerer und Tischler mit ihrer Forderung von $\frac{1}{2}$ d pro Stunde; ferner sollen die Unternehmer weder fertige Thüren noch Fenster u. dgl. von anderen Plätzen kommen lassen, wo das Ausschwitzsystem und die Auszahlung am Sonnabend Nachmittag anstatt um 1 Uhr stattfindet. Die Unternehmer haben $\frac{1}{4}$ d pro Stunde angeboten, wollen auch um 1 Uhr auszahlen und die Arbeitsstunden pünktlich einhalten. Die Maurer und Handlanger haben das Anerbieten angenommen. Die Maler in Gloucester verlangen eine Lohnsteigerung von 6 auf 7 d pro Stunde, die Unternehmer offerirten $6\frac{1}{2}$ d und der Streik begann. In Nottingham sind 200 Bautischler im Ausstande wegen Ueberstundenarbeit. Die Bauarbeiter in Gravesend verlangten eine Lohnsteigerung von 1 d pro Stunde und legten die Arbeit nieder. Daselbst stellten die Maurer, Zimmerer und Bautischler die Arbeit ein, weil die Unternehmer die Regeln der Gewerkschaft nicht unterschreiben wollten. In Stockport verlangten die Maurer auf behauene Steine pro Stunde $\frac{1}{2}$ d Lohnerhöhung und legten die Arbeit nieder. Daselbst ist der Lohnsatz pro Stunde $8\frac{1}{2}$ d, aber in Manchester und anderen großen Städten 9 d pro Stunde. Alle Städte sollen in Uebereinstimmung gebracht werden. In Birkenhead verlangten die Zimmerer und Bautischler eine Lohnerhöhung von $\frac{1}{2}$ d pro Stunde und legten die Arbeit nieder. Diese Männer gehören der Vereinigten Gesellschaft der Zimmerer und Tischler an und alle Bemühungen einer gütlichen Einigung sind fruchtlos, so lange die Liverpooler Dock-Board-Tischler sich im Ausstand befinden. Auch in Oldham dauert der Streik fort.

Die Schiffbauer in Stockton-on-Tees sträuben sich gegen die Reduzirung der Löhne um 1 sh 6 d pro Woche. Einen Shilling Abzug wollen sie sich gefallen lassen. Die erste Reduktion am ersten Zahlungstermin im Juni. Der ganze Nord-Ost-Distrikt, ausgenommen am Wear, wird darunter leiden.

Die Steuerbehörde hat für 3 Monate vorläufig, vom 1. Mai d. J. an gerechnet, den Bootleuten eine Konzession gemacht, zunächst Denjenigen, welche als Wächter an Bord der Schiffe und als Buchhalter wirken. Für alle Arbeit werden Ueberstunden berechnet, welche nicht innerhalb der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Nachmittags geschehen. Sechs Tage lang in der Woche 48 Arbeitsstunden. Bis jetzt haben diese Männer 72 Stunden die Woche gearbeitet, ohne daß man ihnen die Ueberstunden bezahlte. Diese das Achtstunden-Prinzip

anerkennende Maßregel soll auch noch auf andere Steuerbeamte ausgedehnt werden.

Der Monatsbericht von John Burnett bezüglich der unbeschäftigten Arbeiter umfaßte Ende April 23 Trades-Unions mit 296 771 Mitgliedern, von denen 20 478 oder 6,9 Prozent außer Arbeit waren. Im März waren 25 622 oder 8,7 Prozent ohne Arbeit. Man kann dies kaum als eine dauernde Besserung der Arbeitslage ansehen. Die Saison bringt solche Schwankungen immer hervor. Sechs von den 23 Berichten bezeichnen das Geschäft als gut, acht als mäßig und neun als schlecht.

Trotz des Vergleichs zwischen den Baumwollen-Spinnern ist eine große Anzahl derselben im Distrikt Oldham ohne Beschäftigung, von 12 Prozent im April 1892 ist ihre Anzahl auf 28 Prozent im April 1893 gestiegen. Andererseits war der Distrikt Bolton weniger stark durch den Baumwollen-Streik berührt worden und es fiel der Prozentsatz der Unbeschäftigten von 2,25 in der früheren Periode auf 1,85 in der letzten Periode.

Die Ingenieur- oder Maschinisten-Beschäftigung zeigt eine geringe Zunahme, wenn man sie mit dem letzten Monat vergleicht. Wenn man aber denselben Monat 1892 mit heute vergleicht, so ist er in einer unbefriedigenden Lage, speziell den Eisenschiffbau betreffend, welcher noch immer eine abfallende Tendenz zeigt.

Das Bau- und Ausstattungs-Geschäft fängt an, sich etwas zu bessern, und ist im Allgemeinen in guter Lage, hingegen die Drucker- und verwandten Beschäftigungen zeigen einen leichten Niedergang in den Provinzen, auch in Irland und Schottland. H.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der sächsische Schuhmachertag findet, nachdem die Wahlen vorüber, nunmehr endgültig am 9. Juli statt.

Vom 18. bis 21. Juni tagte in Halle der **achte Kongreß der deutschen Töpfer.** Derselbe befaßte sich fast ausschließlich mit Fragen der Agitation und Organisation. Die Organisation des Unterstützungsvereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands wurde als die jedem Töpfer zu empfehlende Organisation anerkannt. Das Fachorgan der „Töpfer" soll in der bisherigen Weise, ohne Einschränkung beibehalten werden. Ueberhaupt trat von den Anhängern der beiden Organisationsformen, der Lokalisten und Zentralisten, das anerkennenswerthe Bestreben hervor, alles Trennende zu beseitigen, um gemeinschaftlich in dem Verband für die materielle und geistige Hebung der Gewerksgenossen um so nachhaltiger wirken zu können. Zu diesem Zwecke ist es den einzelnen Mitgliedschaften auch freigestellt, Kartellverträge mit anderen Gewerkschaften einzugehen. Somit kennzeichnet der achte Kongreß der Töpfer Deutschlands einen Marksteln zur entschiedenen Besserung des seither in diesem Gewerk tobenden Kampfes um die Organisationsform. Die heilsamen Folgen können nicht ausbleiben.

Der „Töpfer" ersucht, Zuzug fern zu halten nach Stettin (Werkstubenarbeiter), Nixdorf, Ofenfabrik in Freienwalde a. O., Kottbus, Königswusterhausen, Christian Glaser in Halle a. S. und nach Bettenhausen.

Unter den streikenden Ziegelei-Arbeitern in Damm-Haß bei Potsdam sind zehn Verhaftungen vorgenommen worden. Weshalb? ist noch nicht bekannt. Weiter wird uns gemeldet, daß Militär requirirt worden sein soll.

Die Leipziger Steinsetzer fordern die Innungsmeister ihres Gewerbes öffentlich auf, den Gehülfenvertretern auf das bereits im April abgesandte Schreiben, betr. die Regelung der Lohnfrage, endlich einmal eine bestimmte Antwort zukommen zu lassen. Sie erklären die Handlungsweise der Steinsetzmeister für im höchsten Grade frivol, unter Benutzung der besonders ungünstigen Arbeitsverhältnisse ganz willkürlich von den gegenseitig vereinbarten Lohnsätzen abzugehen und dann die Gesellen zwei Monate und noch länger ohne jede Antwort auf ihr Schreiben zu lassen.

Wenn dann den Arbeitern der Geduldsfaden reißt und sie in höchster Verbitterung zu dem ihnen allein verbleibenden Mittel des Ausstandes greifen, um sich Gehör und ihr Recht zu verschaffen, dann wettert die verlogene Kapitalistenpresse von frivolen Streiks und den unberechtigten und unverschämten Forderungen der Arbeiter, während die Unternehmer die verhetzendsten Umtriebe gepflogen haben.

Was die Einigkeit vermag. Eine Gewerkschaft der österreichischen Gasarbeiter, die vor einem Jahre noch Niemand zu gründen für möglich hielt, ist infolge der fast beispiellos raschen Entwickelung der österreichischen Arbeiterbewegung neuerdings zu Stande gebracht worden. Am 5. Juni d. J. sind die Statuten eines „Vereins der Gasarbeiter, Gas-, Wasser- und Dampfleitungsmonteure" und deren Angehörige für Niederösterreich genehmigt worden. Die Direktion der englischen Gasgesellschaft hat sich infolgedessen bereits veranlaßt gesehen, aus eigener Initiative sämmtlichen Arbeitern in allen Werken Wiens eine 10—15prozentige Lohnerhöhung zu gewähren, knüpfte aber die Hoffnung daran, daß man nun vom Beitritt zur Gewerkschaft absehen würde. Der bestehende Arbeiterausschuß legte darauf den Arbeitern die Frage vor: „Lohnerhöhung oder Gewerkschaft". Und fast einstimmig erklärten die Arbeiter, lieber auf die Lohnerhöhung als auf die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu verzichten. Die Lohnerhöhung blieb aufrecht und den Gewerkschaftsverein bekommen die Arbeiter auch! Das ist gewiß ein sehr erfreulicher Erstlingserfolg, der geeignet ist, die Gasarbeiter anzuspornen, sich mit Feuereifer zu organisiren und mitzukämpfen für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitals. Bereits 800 von zirka 3000 in den Gaswerken beschäftigten Arbeitern haben schriftlich ihren Beitritt zum Verein erklärt, und bis zu dessen Konstituirung dürfte sich diese Zahl verdoppeln haben. Mit einer so imposanten Mitgliederziffer hat sich in Oesterreich noch kein Verein konstituirt. Allem Anscheine nach wird er einen heftigen Kampf zu bestehen haben, da auf die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 resp. 12 auf 8 Stunden besonderes Gewicht gelegt wird.

Klassenjustiz in Oesterreich. Beim Bauarbeiterstreik in Graz hatte der Bauunternehmer mehrere streikende Bauarbeiter angeschossen, einer derselben bekam von ihm nicht weniger als 28 Schrotkörner in den Leib gejagt. Das Gericht verurtheilte den Schützen zu 5 Gulden Strafe wegen — „Uebertretung der Nothwehr". Ein anderer bürgerlicher Schütz und der Gensdarmeriefführer Schneider, der einen fliehenden Arbeiter mit dem Bajonnet in den Rücken gestochen hatte, wurden garnicht angeklagt. Dagegen verurtheilte das Gericht eine Anzahl der am Streik betheiligt gewesenen Bauarbeiter, die nach dieser Affäre am selben Tage verhaftet und dann wochenlang in Untersuchungshaft gehalten worden waren, wegen einiger unbedachter Aeußerungen zu Kerkerstrafen bis zu 4 Monaten.

Die Zahl der streikenden Bergleute in Dux beträgt jetzt über 10 000. Der Streik hat sich auch auf das Teplitzer Revier ausgedehnt.

Im Brüxer Revier wird garnicht gearbeitet. In den Streikrevieren wimmelt's von Soldaten; sie bekommen natürlich nichts zu thun.

Der Kutscher-Ausstand in Paris dauert fort. Wie der „Magd.-Ztg." gemeldet wird, muß die Stadt jetzt der Mitwirkung von 8000 Fiakern entbehren. Die feiernden Kutscher haben die Absicht ausgesprochen, nicht nachzugeben. Sie werden von den arbeitenden Kutschern täglich mit 5—6000 Frank unterstützt. Die Kompagnie générale, die größte der Fiakergesellschaften, soll jeden Tag einen Verlust von 38 124 Frank an ihren 3177 Fuhrwerken erleiden. Der Pariser Gemeinderath hat am 19. d. M. den Ausständigen eine Unterstützung von 10 000 Franken bewilligt.

In Bergamo in der Lombardei streiken gegen 4000 Seidenspinner und Weber. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit und höheren Lohn.

Die Glasarbeiter Großbritanniens hatten erwogen, ob sie, nachdem die Lohnreduktion siegreich zurückgewiesen worden war, nun eine Lohnerhöhung von wöchentlich M. 3 fordern wollten. Auf ihrer Nationalversammlung in Alloa nahmen sie davon Abstand. Die Löhne in Schottland stehen bedeutend niedriger, als in allen anderen Theilen des Landes. Um nun eine Gleichheit der Verhältnisse zu erzielen, wurde beschlossen, daß die schottischen Glasmacher sofort für eine Lohnerhöhung eintreten sollen und im Falle eines Streiks von allen anderen Distrikten zu unterstützen sind. Weiter wurde die Frage einer für das ganze Land einheitlichen Arbeitszeit beschlossen. Die Arbeitszeit soll $9^1/_4$ Stunden (ohne Anhalten) nicht überschreiten, fünf Schichten sollen eine Woche darstellen. Sonnabends wird nicht gearbeitet. Während dieser Zeit dürfen nicht mehr Flaschen gemacht werden, als diejenige Zahl, die auf der nächsten Versammlung festgestellt wird. Ueber diese Frage wird jetzt eine Abstimmung der Mitglieder vorgenommen. Ferner wurde die Nachtarbeit an den kontinuirlichen Oefen (Wannenöfen) eingehender Erwägung unterzogen. Man kam zu dem Schluß, daß nach einer zwölfjährigen Erfahrung Jedermann überzeugt ist, daß die Nachtarbeit auf die Gesundheit der Arbeiter sehr schwer einwirkt, und es soll mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, daß die Fabrikanten davon absehen, weitere Wannenöfen zu bauen; andernfalls sollen sich die Arbeiter weigern, daran zu arbeiten. Ein Fabrikant hat schon erklärt, daß er die Arbeiter in dieser Sache unterstützen würde, denn die Nachtarbeit sei kulturwidrig, und die Nacht sei zum Schlafen und nicht zum Arbeiten da.

Aus Amerika sind folgende bemerkenswerthe Streiks zu melden: In Newyork Kniehosenmacher und Hembenmacher, in Philadelphia Westenmacher, Gipser und Lattennagler, in Kansas City Restaurations-Aufwärter, in Nottingham Penn. Minenarbeiter, in Buffalo Steinhauer; letztere fordern wöchentliche Lohnauszahlung. — 4000 Arbeiter der Chicago-, Milwaukee- und St. Paul-Eisenbahn wurden entlassen, in Huntington Penn. sind die Hochofenarbeiter ausgesperrt. — Die Brauer scheinen überall mit ihrer Forderung auf Lohnerhöhung erfolgreich gewesen zu sein, auch die Mäntelmacher in Chicago erzielten nach kurzem Streik eine Erhöhung des Lohnes. In Easton Penn. setzten die Maurer und Maler, in Lewiston Me. die Maschinisten die neunstündige Arbeitszeit durch.

Deutscher Bürsten- und Pinselmacher-Verband.

Bekanntmachung.

Die seitherigen Bevollmächtigten und Kassirer der Zahlstellen obigen Verbandes setzen wir hiermit in Kenntniß, daß alle Geldbeträge, betreffend die Abrechnungen, den Streikfonds, die Gelder von dem Verkauf der Marken der Generalkommission, die rückständigen Abonnementsgelder für die Bürstenmacher-Zeitung, sowie alles Sonstige, wegen Abreise bezw. Wegzug des Hauptkassirers W. Edelmann, von jetzt ab **nur** an den ersten Vorsitzenden **Carl Rauser,** Hauptstr. 29, zu adressiren und spätestens **bis zum 15. Juli** anher einzusenden sind.

Freiburg i. B., den 27. Juni 1893.

Der Zentralvorstand.
Carl Rauser, erster Vorsitzender.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. R.)

Infolge Lohnreduktion bei den Stuhlmachermeistern Gebr. Junnemann, Magdeburg, Faßlochsberg haben die Tischler- und Stuhlmachergesellen die Sperre verhängt.

Quedlinburg. Lohndifferenzen halber ist der Zuzug nach hier streng fernzuhalten.

Rendsburg. In Bezug auf die Organisation lassen die Verhältnisse am hiesigen Ort viel zu wünschen übrig. Der Indifferentismus der Kollegen ist ein großer. Um denselben zu brechen, sah sich die Lokalverwaltung veranlaßt, am Dienstag, den 20. Juni, eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einzuberufen, wozu sämmtliche in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter eingeladen wurden, leider aber nur die wenigsten der Einladung Folge leisteten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Der zum 1. Juli d. J. in Kraft tretende Holzarbeiterverband", erstattete Kollege Leutge das Referat. Redner gab Anfangs seiner Rede einen kleinen Ueberblick über die Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise und meinte, daß der Ausbau der jetzt bestehenden Gewerkschaftsorganisation eine Naturnothwendigkeit sei. Redner legte den Anwesenden die Beschlüsse des Holzarbeiterkongresses klar und unterzog die Berufsgruppen, welche sich dem Holzarbeiterverband nicht angeschlossen hatten, einer Kritik. Redner ging dann auf den Werth und Nutzen des Holzarbeiterverbandes ein und erörterte in sachlichster Weise die einzelnen Paragraphen des Statuts und endete mit den Worten: „Wenn Wissen zur Macht und Organisation zur Kraft geworden ist, alsdann ist es den Besitzlosen möglich, der heutigen kapitalistischen Produktionsweise einen Damm entgegenzustellen, damit den Unternehmern in ihrem Ausbeutungssystem ein Ende gemacht wird." Wir rufen alle uns fernstehenden Kollegen aller Berufsgruppen der Holzindustrie zu: Sie mögen mit eintreten in die Reihen unserer Organisation und Schulter an Schulter mit uns kämpfen, alsdann werden wir auch hier am Orte die elende wirthschaftliche Lage aller Arbeiter in unserer Industrie zu einer besseren gestalten.

NB. Zur Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes wurden gewählt die Kollegen: L. Werner, erster Bevollmächtigter; F. Leutge, zweiter Bevollmächtigter; Joh. Rohwer, Kassirer; Aug. Reimers, Schriftführer; Petersen, Flotmann und Franck, Revisoren.

Eisenach. Am Sonnabend, den 24. Juni, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Kassenbericht vom zweiten Quartal; Wahl der Lokalverwaltung für die Zahlstelle des am 1. Juli in Kraft tretenden Holzarbeiterverbandes. Da der Kassirer eingetretener Verhältnisse halber nicht erscheinen konnte, wurde der erste Punkt bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Aus der Wahl der Verwaltung gingen folgende Kollegen hervor: Georg Kreuzburg, Bevollmächtigter; Emil Aßmann, Kassirer; Christian Karre, Schriftführer. Auf Anregung eines Kollegen findet am 8. Juli eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, zu welcher sich der Kollege Bringmann-Kassel erboten hat, einen Vortrag zu halten. Des Weiteren wurde noch bekannt gegeben, daß das am dritten Sonntag im Juli jeden Jahres abzuhaltende Gewerkschaftsfest stattfindet. Bemerken wollen wir noch, daß die Drechsler der Firma Köchert & Co. die Arbeit niedergelegt haben infolge einer Herabsetzung der Akkordpreise, die Kollegen werden deshalb ersucht, Eisenach fern zu bleiben; es haben sich zwar schon drei Drechsler gefunden auf Verschreibung, von denen einer 23 ₰, die anderen 22 ₰ pro Stunde bekommen. Dieselben werden wohl aber wieder abreisen, da der Lohn ein zu geringer ist.

Rabenau. Am 13. Juni hielten wir unsere erste Holzarbeiter-Versammlung ab. In's Bureau wurde Kollege Klaus als erster Vorsitzender, Leschikar als zweiter Vorsitzender und Gaertner als Schriftführer gewählt. Nach längerer Ansprache des Vorsitzenden an die zahlreich erschienenen Mitglieder beginnt die Statutenverlesung. Hierauf ermahnt Kollege Leschikar Alle, dem Verbande treu zu bleiben und beleuchtet den Zweck und Nutzen desselben. In gleicher Weise Kollege Patschke. Als Vertrauensmann wurde Kollege Klaus einstimmig gewählt. Als Kassirer Kollege Kahle. Als Revisoren wurden von jeder Branche ein Kollege, und zwar von den Tischlern Kirschke, den Drechslern Lehmann und den Polirern Kästner gewählt. Der Kassirer erhält jährlich M. 8. In's Agitationskomitee wurde Kollege Patschke, Gaertner und Ihle gewählt. Die Betreibung der Agitation bleibt denselben überlassen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Holzarbeiterverband schließt die stark besuchte Versammlung um $10^1/_2$ Uhr.

Verband deutscher Korbmacher.

Achtung! Korbmacher!

Der Streik der Kollegen vom Hofkorbmachermeister Schurig dauert fort. Die Streikenden halten einig und fest an ihren gerechten Forderungen. Die Dresdener Kollegen sowie sämmtliche Dresdener Gewerkschaften stehen geschlossen hinter ihnen.

Der Zuzug ist jedoch leider ein starker und bitten wir deshalb alle Kollegen dringend um Fernhaltung des Zuzuges, sowie um weiteste Verbreitung dieser Nachricht.

Weiter ersuchen wir alle Vorstände und Vertrauensmänner, uns stets alle ihnen bekannten Arbeitsgelegenheiten sofort zukommen zu lassen.

Eugen Schurig, Vertrauensmann,
Dresden, Holbeinstraße 2, III.

Sozialpolitische Rundschau.

Der Ausfall der Reichstagswahlen. Heldenmüthig hat das deutsche Proletariat bei den nun vollzogenen Wahlen seine Stellung behauptet, als die Pioniere der internationalen Arbeiterbewegung zu marschiren. Das deutsche Proletariat hat nicht nur seine Stellung als der stärksten Partei Deutschlands behauptet, sondern noch wesentlich verstärkt. Wenn auch die Zahl der eroberten Mandate nur 45 beträgt, so sind die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen auf zwei Millionen angewachsen. Der letzte Wahlkampf hat mehr wie jeder der vorausgegangenen die Gesellschaft in die zwei sich auf Tod und Leben befehdenden Interessengruppen, die Besitzer der Arbeitsmittel und der Arbeiter geschieden. Fast in allen Wahlkreisen ist reiner Tisch gemacht worden. Der feige Liberalismus, einerlei unter welcher Fahne derselbe segelt, hat vorwiegend aus Haß gegen die Sozialdemokratie reaktionäre, antisemitische Bauernbündler direkt und indirekt unterstützt. Die Wahlen haben den jammervollen Bankerott des Liberalismus bestätigt, bürgerliche Freiheiten zu vertheidigen, geschweige denn, welche zu erobern. Kommen die letzteren auch der Arbeiterklasse zu Gute, so werden sie verrathen und verschachert. Der deutsche Freisinn ist der Beweis für unsere Behauptung. Die Nemesis hat ihn ereilt. Zerschlagen, zerrieben und zerschmettert, ein Bild des Jammers und der Ohnmacht, liegt er zerquetscht von dem Ansturm von rechts und links am Boden. Seine Rolle ist für immer ausgespielt. Hoch oben im Kampf hat sich Berlin und seine Umgebung den ersten Rang erobert. Doch auch das Proletariat des Landes hat Ursache, auf seine Erfolge stolz zu

sein. Die Minoritäten in fast allen zur Stichwahl gekommenen Wahlkreisen stehen hart an der Grenze, Majoritäten zu werden. Noch eine Periode, und die neue Weltanschauung der Sozialdemokratie ist die ausschlaggebende Deutschlands. Der Sozialdemokratie gehört die Jugend. Jedes neue Jahr verstärkt sie die sozialdemokratischen Wählermassen, während die bürgerlichen Angstmeier über Reserven nicht mehr verfügen. Daher das Brüten und Sinnen derselben, wie das Wahlrecht am besten zu meucheln ist. Die Heraufsetzung der Altersgrenze soll das Uebergewicht der Besitzenden noch weiter sichern. Daher dürfen die erfochtenen Siege die Arbeiter nicht einen Augenblick erschlaffen lassen. Es gilt, treue Wacht zu halten, den Reaktionären die Karten aufzudecken und ihnen das schlau berechnete Spiel zu verderben. Das arbeitende Volk ist jetzt der alleinige Hort der bürgerlichen Freiheiten. Es wird sie zu vertheidigen und zu vermehren wissen.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik wird schon am 29. Juni im Reichsamt des Innern zusammentreten. Dabei kommt der Antrag Siegele zur Verhandlung, der eine Anregung zur Organisation einer allgemeinen Lohnstatistik im Reichstage gegeben hat, indem er die Berufsgenossenschaftsstatistik zur allgemeinen Lohngrundlage machen will. Der Direktor des statistischen Amtes des Deutschen Reiches, Dr. v. Scheel, hat zu diesem Zwecke den Antrag Siegele verarbeitet und eine Denkschrift angefertigt, die eine Zusammenstellung der bereits bekannten Veröffentlichungen über Lohnstatik enthält, um auf Grund dieser Verarbeitung dem Reichstage berichten zu können.

Es dürfte fraglich erscheinen, ob der angegebene Termin zutreffend ist, denn mehrere Abgeordnete, welche der Kommission angehören, sind nicht wiedergewählt. Die Frage würde wohl zu entscheiden sein, ob das Mandat der Kommissionsmitglieder mit der Auflösung des Reichstages erloschen gilt, wenn ja, so sollte man mit der Einberufung doch so lange warten, bis der Reichstag seine ihm zukommenden 6 Mitglieder wieder delegirt hat.

Alters- und Invalidenversicherung. Hinsichtlich der Quittungskarten für die Invaliditäts- und Altersversicherung ist, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mittheilt, dem Bundesrath eine Entschließung darüber anheimgegeben: ob die Karten, unbeschadet des Verbrauchs vorhandener Vorräthe, fortan zwar unter bisherigem Format und bisheriger Farbe, aber in einer (durch ein beigelegtes Muster erörterten) abgeänderten Einrichtung und aus einem Stoff hergestellt werden sollen, der aus 50 Prozent Zellulose, 25—30 Prozent Leinen und 20 bis 25 Prozent Baumwolle besteht, eine mittlere Reißlänge von 4500 Meter, eine mittlere Dehnung von 4 Prozent hat, bei der Verbrennung einen Aschegehalt von nicht mehr als 4 Prozent zurückläßt und im Quadratmeter ein Gewicht von 277 bis 283, im Durchschnitt 280 Gramm aufweist. Dem Antrage ist eine eingehende Erläuterung beigefügt, welche daran anknüpft, daß der Bundesrath sich im November 1891 damit einverstanden erklärt habe, daß Quittungskarten für die Invaliditäts- und Altersversicherung aus dem neuen Stoff hergestellt werden. Eine ansehnliche Reihe von großen Versicherungsanstalten hat 225 000 Stück Quittungskarten aus dem neuen Stoff ausgegeben, und die Urtheile lauten überwiegend dahin, daß diesen Karten unbedingt der Vorzug vor den älteren gebühre; dazu komme, daß auch hinsichtlich des Herstellungspreises der neue Stoff Vortheile vor den älteren Karten gewähre. Mängel, die sich hinsichtlich der Einrichtung der Quittungskarten in der Praxis herausgestellt hätten, seien durch die neue Einrichtung abgestellt worden. In sieben Punkten kommen dann die neuen Karten den Wünschen entgegen, welche von verschiedenen Seiten über Unzuträglichkeiten bezüglich der Quittungskarten erhoben worden waren.

Vereinigung der Gewerbegerichte Deutschlands. Die Herren Bürgermeister-Beigeordneter Dr. Gaßner, Vorsitzender des Gewerbegerichts von Mainz, und Stadtrath Dr. Flesch, Vorsitzender des Gewerbegerichts von Frankfurt a. M., haben sich bemüht, im Interesse der Rechtsorganisation, wie dieselbe in dem Reichsgesetz vom 29. Juli 1890 geschaffen wurde, eine Verbindung aller in Deutschland bestehenden Gewerbegerichte anzubahnen. In dem betreffenden Einladungsschreiben an die Gewerbegerichtsvorsitzenden einer Anzahl Städte wurde zunächst darauf hingewiesen, daß das praktische summarische Verfahren der Gewerbegerichte, sowie die Theilnahme der unbemittelten Bevölkerung an der Rechtsprechung immer mehr anerkannt werde; ebenso sei auch ihr fortschreitender Einfluß auf das Verhältniß zwischen Unternehmer und Arbeiter und auf das wirthschaftliche Leben überhaupt unverkennbar. Um nun einen gegenseitigen Austausch der gemachten Erfahrungen von wichtigen Urtheilen, Schiedssprüchen, in Einigungssachen, Jahresberichten, Statistiken ꝛc. zu ermöglichen, wäre eine Verbindung von Werth. Ehe man jedoch dazu überging, sämmtliche Gewerbegerichte des Reichs für diese Verbindung zu interessiren, wollte man zunächst eine Basis schaffen, auf der man weiter zu bauen beabsichtigt, und hatte zu diesem Behufe eine Anzahl Interessenten benachbarter Städte auf Sonntag, 11. Juni, zu einer Besprechung nach Mainz eingeladen. Diese Konferenz fand zur festgesetzten Zeit in dem geräumigen Sitzungssaal des Gewerbegerichts statt und waren Vertreter von Gewerbegerichten folgender Städte erschienen: Mainz, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Mannheim, Wetzlar, Hanau, Wiesbaden, Cannstatt, Stuttgart, Kastel, Biebrich-Mosbach, Offenbach und Kreuznach. Heidelberg, Ludwigshafen, Bonn und Koblenz hatten schriftlich ihr Ausbleiben entschuldigt und ihre Zustimmung erklärt. Die Verhandlung zeigte, daß alle Anwesenden die angeregte Verbindung als nothwendig anerkannten und nur in unwesentlichen Dingen eine Abweichung der Ansichten sich ergab. Einstimmig sprach man sich für die geplante Vereinigung der Gewerbegerichte Deutschlands aus. Zur Leitung der Geschäfte wurde ein Ausschuß von vier Personen gewählt und in denselben die Herren Dr. Gaßner-Mainz für Hessen, Stadtrath Dr. Flesch-Frankfurt für Preußen, Bürgermeister Boekh-Karlsruhe für Baden und Bürgermeister Lautenschläger-Stuttgart für Württemberg bestimmt. Ein Vertreter für Bayern soll später gewählt, ebenso wird der Ausschuß nach Bedürfniß eine Erweiterung erfahren. Weiter wurde beschlossen, der geschaffenen Vereinigung eine zu große Ausdehnung vorerst nicht zu geben, sondern dieselbe zunächst nur auf Mittel- und Süddeutschland auszudehnen, doch wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es gelingen werde, auch alle anderen Gewerbegerichte zu der Verbindung heranzuziehen. Dieselbe umfaßt bis jetzt die Gewerbegerichte folgender 21 Städte: Bonn, Biebrich-Mosbach, Cannstatt, Coblenz, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Höchst, Karlsruhe, Kastel, Kaiserslautern, Kreuznach, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim, Mombach, Offenbach, Pforzheim, Stuttgart, Wetzlar und Wiesbaden. Als Organ der Vereinigung wurden die in Frankfurt erscheinenden Blätter für soziale Praxis gewählt. Es ist somit eine Vereinigung verschiedener Gewerbegerichte geschaffen, welche unverkennbaren Vortheil bieten wird, wenn dieselbe sich frei hält von jenem bureaukratischen Zuge, der ähnlichen Verbindungen anhaftet.

Eine Gegenüberstellung. Der in den ersten Monaten dieses Jahres erschienene Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion, aus dem wir s. Z. einen ausführlicheren Auszug mittheilten, erregte bekanntlich den Unwillen der Großindustriellen in hohem Maße dadurch, daß der Fabrikinspektor Wörishoffer in durchaus objektiver Weise Schäden und Handlungsweisen aufdeckte, deren Bestehen nicht besonders rühmlich ist, mit einigem guten Willen aber leicht abgestellt werden könnte. In hervorragender Weise wurde von der Fabrikinspektion das Moment in's Auge gefaßt, die Interessen der Arbeiter, soweit es Aufgabe der Inspektion ist, zu wahren und wurden den Arbeitern auch manche Winke ertheilt und sie aufgefordert, unbeirrt mit der Fabrikinspektion zu verkehren und ihre Beschwerden vorzubringen. Durch dieses Vorgehen der Fabrikinspektion glaubten sich die Großindustriellen benachtheiligt, und man gab unverhohlen zu erkennen, daß der badische Fabrikinspektor unbequem ist und man ihn durch einen Nachfolger ersetzt wünsche, „der mehr die Interessen der Industrie als der Arbeiter" wahre. Der Mannheimer Fabrikantenverein richtete in diesem Sinne eine Beschwerde an das Ministerium, die es zu gleicher Zeit den Handelskammern vorlegte, eine zweite Eingabe wurde direkt an den Großherzog gerichtet. Seitdem ist es in dieser Angelegenheit vollständig stille geworden und man hat vergeblich auf die Antwort des Ministeriums wie des Großherzogs gewartet. Jetzt wird bekannt, daß das Ministerium die Beschwerde des Fabrikantenvereins zu Mannheim in ausführlicher Begründung energisch zurückgewiesen und diesem zugleich die Aufgabe gemacht hat, den Bescheid auf dem gleichen Wege wie die ungerechtfertigte Beschwerde den Handelskammern zur Kenntniß zu bringen; das ist bisher nicht geschehen. Dem Fabrikinspektor Dr. Wörishoffer wurde dagegen, veranlaßt durch die Beschwerde, vom Ministerium ein volles Vertrauensvotum ausgestellt wegen seiner umsichtigen und durchaus objektiven Betrachtung und Wahrnehmung der Geschäfte der Fabrikinspektion.

Bei dem diesjährigen Heeresergänzungs-Geschäft sind, wie die „Post" berichtet, 21 074 völlig brauchbare Leute zurückgestellt worden, weil sie über den schon nach Maßgabe der neuen Militärvorlage erhöhten Rekrutenbedarf überschießend waren. Demnach haben wir, schreibt die „Freisinnige Zeitung", also nach den Grundsätzen der neuen Militärvorlage, zu erwarten, daß nach Annahme dieser Vorlage noch eine weitere Heeresverstärkung um zirka 50 000 Mann verlangt wird, um auch diese 21 074 Mann, welche nach den neuen Rekrutirungsbestimmungen „völlig brauchbar" sind, in zweijähriger Dienstzeit ausbilden zu können.

Nur so weiter gewühlt! Der Zweikampf wird mit Festungshaft von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. So bestimmt das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Am vergangenen Sonnabend fand bekanntlich in Heinrichswalde in dem Kreise Niederung ein Pistolenduell statt, bei dem sich der Rechtsanwalt Schimmelpfennig und der Amtsrichter Mantey aus Heinrichswalde einander gegenüberstanden. Sekundanten des Rechtsanwalts waren nach dem Berichte der „Tilf. Ztg." der Landrath Schickert in Heinrichswalde und der Landrath Schlenther in Tilsit, Sekundanten des Amtsrichters der Amtsrichter Adinski in Heinrichswalde und der Gerichtsassessor Morgen in Tilsit. Sämmtliche Betheiligte, bis auf den Rechtsanwalt, der übrigens schwer verletzt worden ist, waren demnach unmittelbare Staatsbeamte, und zwar theils solche, die die Polizeigewalt vertreten, theils solche, die als Richter berufen sind, Vergehungen gegen das Strafgesetz zu ahnden. Welchen Eindruck muß es, so fragt mit Recht die „Volkszeitung", auf die Kreis- und Gerichtseingesessenen machen, wenn sie sehen, daß Landräthe und Richter das Strafgesetz nicht achten und es entweder direkt übertreten oder doch bei der Uebertretung mitwirken! Und wie verhalten sich die reaktionären Blätter, die nicht müde werden, vom „christlichen Staat" zu salbadern, gegenüber dem Unwesen des Duells? Sie, die über das Schwinden der „Achtung vor dem Gesetz" in den „unteren" Schichten des Volkes heuchlerisch jammern, halten das Duell für eine unentbehrliche „standesgemäße" Zuthat des Staatschristenthums der „oberen Zehntausend!" Uebrigens hatte noch der Rechtsanwalt Meyer aus Tilsit den Amtsrichter Mantey gefordert, nahm aber angesichts der Verwundung seines Kollegen von dem zweiten Waffengange „vorläufig" Abstand. Die Forderungen sollen aus Zwistigkeiten politischer Natur ergangen sein.

Eisenbahn-Reform. Auf den preußischen Staatsbahnen wird zur Zeit die Durchführung einer Neuerung vorbereitet, welche nicht nur im Interesse des reisenden Publikums wegen der hierdurch erzielten Erhöhung der Pünktlichkeit und Sicherheit des Betriebes, sondern auch wegen ihrer Bedeutung für Leben und Sicherheit der Zugbeamten mit Genugthuung zu begrüßen ist. Es handelt sich um die Verlegung der Fahrkartenprüfung von den Zügen auf die Bahnhöfe und die hierzu erforderliche Absperrung der Bahnsteige, eine Maßregel, durch welche die Fahrkartenprüfung seitens der Schaffner von den Trittbrettern der Wagen während der Fahrt gänzlich abgeschafft und die Veranlassung zu den so vielfach beklagten zahlreichen Unfällen im Eisenbahnbetriebe beseitigt werden soll. Man beabsichtigt, wie wir einer ausführlichen Mittheilung des „Zentralblattes der Bauverwaltung" entnehmen, die Maßregel mit Inkrafttreten des künftigen Winterfahrplanes, also zum 1. Oktober d. J., auf den wichtigsten preußischen Schnellzugsstrecken zwischen Berlin und dem Westen und Süden Deutschlands einzuführen. Die Einrichtung ist an sich keineswegs neu, wir haben bereits ein sehr vollkommenes und bewährtes Vorbild dafür auf der Berliner Stadtbahn, wo von Anfang an für den Ortsverkehr die völlige Absperrung der Bahnsteige und die Fahrkartenprüfung auf den Stationen eingeführt war. Das Betreten der Bahnsteige ist hierbei bekanntlich dem nichtreisenden Publikum nur gegen Lösung besonderer Bahnsteigkarten gestattet. Für manche Bahnhöfe, besonders für größere Stationen mit lebhaftem Uebergangs- und Kreuzungsverkehr, tritt hierdurch die Nothwendigkeit ein, auch die Wartesäle der freien Benutzung des nichtreisenden Publikums zu entziehen und das Betreten derselben, wie bei den Bahnsteigen, nur den Reisenden, im Uebrigen aber nur gegen Lösung von Zuirittskarten zu gestatten, was allerdings hier und da alten, eingewurzelten Gewohnheiten des Publikums in unliebsamer Weise Eintrag thun wird. Mit dieser Neuerung wird übrigens zugleich eine beträchtliche Verminderung der Zugbeamten verbunden sein, wodurch die Hoffnungen der „Zivilversorgungsscheiner", in Verbindung mit ihrer durch die Militärvorlage bedingten Vermehrung, auf eine baldige und gut dotirte Stellung sehr herabgedrückt werden.

Der Antheil aus der lex Huene, der den Kommunalverbänden zu überweisen ist, beträgt für das abgelaufene Etatsjahr 1892/93 etwas über M. 36 770 000. Für das Jahr 1891/92 betrugen die Ueberweisungen M. 57 035 000; für das Jahr 1890/91 M. 47 240 000. Für das Jahr 1893/94 wird offiziös in der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg." dargelegt, daß der zu überweisende Betrag jedenfalls die Summe von 34 Millionen erreichen, wenn nicht übersteigen werde. Es sei namentlich eine stärkere Einfuhr von Roggen gegen das Vorjahr fast sicher in Aussicht zu nehmen.

Die verminderte Einnahme aus den Getreidezöllen im vorletzten Jahre steht mit der allgemeinen Nothlage in Verbindung. Die Konsumtion des Volkes ist heruntergegangen. Der weitere Rückgang der Zölle rührt daher, daß durch den deutsch-österreichischen Handelsvertrag der Eingangszoll für die aus Oesterreich eingeführte Getreidemenge von M. 5 auf M. 3,50 pro Doppelzentner herabgesetzt ist. Die lex Huene ist einer der fabrizirten Kitte, das Reich zusammenzuhalten. Die Einzelstaaten werden zu Kostgängern des Reiches gemacht. Echt Bismarck'sche Staatsweisheit.

Auch eine Wirkung der agrarischen Bestrebungen auf Einführung der Doppelwährung. Die Stadtverordneten in Bunzlau haben auf Antrag des Magistrats den Beschluß gefaßt, bei allen Hypotheken-Darlehen aus der städtischen Sparkasse die Klausel: „Rückzuzahlen in Gold" in das Grundbuch eintragen zu lassen. Bei allen bisher gewährten Hypothekendarlehen soll die Eintragung dieser Klausel noch nachträglich bewirkt werden, oder im Weigerungsfalle das Kapital gekündigt werden. Das ist auch ein Erfolg der Doppelwährungsagitation.

Vom flüssigen Brot Bayerns. Aus der bayerischen Bierstatistik im Jahre 1892 veröffentlichen die „N. N." folgende Zahlen: In der Braunbier-Brauerei betrug die Gesammtzahl der Bierbrauereien 5081, gegen das Jahr 1891 weniger um 49 Brauereien. Der Malzverbrauch betrug 6 747 225 Hektoliter, gegen 1891 mehr um 306 010 Hektoliter. Die Biererzeugung betrug 14 892 490 Hektoliter, gegen 1891 mehr um 606 528 Hektoliter. Die Zahl der Weißbier-Brauereien war 1565, gegen 1891 mehr um 27. Malzverbrauch 49 955 Hektoliter, gegen 1891 mehr um 1038 Hektoliter. Biererzeugung 204 212 Hektoliter, gegen 1891 mehr um 7471 Hektoliter. — Der Gesammtverbrauch an Braumalz betrug 6 797 179 Hektoliter, gegen 1891 mehr um 307 047 Hektoliter. Der Anfall an Braumalz-Aufschlag betrug bei einem Malzverbrauch von 6 797 186 Hektoliter (1891 6 490 121 Hektoliter) M. 38 372 318, gegen 1891 mehr um M. 1 828 278. — Malzmühlen standen im Betrieb zusammen 2334 Mühlen, gegen 1891 mehr um 52. Die auf diesen Mühlen gebrochene Malzmenge betrug 6 797 207 Hektoliter, gegen 1891 mehr um 307 152 Hektoliter. Die Bierausfuhr aus Bayern gegen Malzaufschlagvergütung betrug im Ganzen 2 291 275 Hektoliter, gegen 1891 mehr um 90 103 Hektoliter. Die Vergütung hierfür betrug M. 6 212 680, gegen 1891 mehr um M. 260 133.

Ueber die Zahl der Parlamentarier in den verschiedenen Staaten giebt folgende Zusammenstellung Aufschluß. Der deutsche Reichstag hat 397 Mitglieder; die französische Deputirtenkammer 584, der französische Senat 300; das englische Unterhaus 670, das englische Oberhaus 541; die italienische Kammer 508, der italienische Senat 360; der schweizerische Nationalrath 147, der schweizerische Ständerath 44 (2 auf jeden Kanton); der österreichische Reichrath hat ein Abgeordnetenhaus von 353 und ein Herrenhaus von 229 Mitgliedern; die ungarische Abgeordnetentafel hat 413 und die ungarische Magnatentafel 933 Mitglieder; der amerikanische Kongreß 444 Mitglieder — wovon 356 auf das Repräsentantenhaus, 88 auf den Senat (2 Vertreter für jeden Staat) entfallen. Die Vertretungen der Einzelstaaten (Landtage ꝛc.) und Kantone von Bundesstaaten erwähnen wir nicht. Der dänische Folkething hat 102, der dänische Landsthing 66 Mitglieder; die spanischen Cortes 432 Deputirte und 360 Senatoren; der schwedische Reichstag 228 Abgeordnete der zweiten und 147 Mitglieder der ersten Kammer; die niederländischen Generalstände haben 100 Mitglieder der zweiten und 50 Mitglieder der ersten Kammer.

Aus Oesterreich. In Oesterreich-Ungarn ist von den klassenbewußten Arbeitern eine umfassende Agitation für die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts eingeleitet. Der Erfolg der belgischen Arbeiter hat die Arbeitsbrüder in Oesterreich zur Nacheiferung angespornt. Dazu kommen die Erfolge der Arbeiterklasse in Deutschland, welche unsere österreichisch-ungarländischen Arbeitsbrüder zu neuem Thatendrang entflammen. — Eine von 6000 Arbeitern besuchte Versammlung im Budapester Stadtwäldchen erklärte sich einstimmig für die Zivilehe und verlangte das allgemeine Wahlrecht, da von 17 Millionen Ungarn nur 830 000 wahlberechtigt seien, was eine Klassenvertretung und nicht eine Volksvertretung sei. Ebenso vermögen die in Wien einberufenen Versammlungen lange nicht die herbeiströmenden Menschenmassen aufzunehmen.

Eine Maßregelung im österreichischen Gewerbe-Inspektorat. Ein Fall, der in der Geschichte der Fabrik-Inspektion wohl ziemlich vereinzelt dasteht, macht gegenwärtig viel Aufsehen in Oesterreich. Der Gewerbe-Inspektor des dreizehnten Aufsichtsbezirks, Herr Malek, wurde seines bisherigen Postens enthoben und dem Handelsministerium zum inneren Dienst zugetheilt. Zum Verständniß des Vorfalles ist nothwendig zu wissen, daß Herr Malek vor drei Jahren von Reichenberg nach Olmütz versetzt wurde. Die bürgerliche Presse verzeichnet den Vorfall mit großer Genugthung und erklärt ihn durch allerlei Verstöße gegen den „gebotenen Takt", welche Herr Malek begangen haben soll. In Wirklichkeit aber ist derselbe

einfach das Opfer seiner sehr strengen Pflichterfüllung. Er war unstreitig einer der sachkundigsten und gewiß der energischste Gewerbe-Inspektor Oesterreichs. Auch im Auslande haben seine Berichte, insbesondere während seiner Thätigkeit in Reichenberg, vielfache Würdigung erfahren, obwohl die Einzelberichte der österreichischen Gewerbe-Inspektoren im Bureau des Zentral-Gewerbe-Inspektors einer sehr einschneidenden Redaktion unterliegen. Herr Malek hat das geringe Maß von Initiative und Exekutive, welches dem österreichischen Gewerbe-Inspektor zu Gebote steht, zur Durchführung des Arbeiterschutzes voll ausgenützt und wurde deshalb den Fabrikanten mißliebig. Ihrem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß er weichen mußte. Höchst bedauerlich ist es, daß das Ansehen der Gewerbe-Inspektoren und das Vertrauen der Arbeiter zu dieser Einrichtung durch diesen Vorgang Schaden leidet.

Durch die schärfste und ätzendste sozialdemokratische Kritik kann das Protzenthum nicht besser charakterisirt werden, als durch die beiden geschilderten Vorgänge.

Aus der Schweiz. Wie der Belgier in Frankreich, der Deutsche in England, ist der Italiener allenthalben als Lohndrücker gefürchtet. Die nachher von den bezahlten Skribisagen des Kapitals auf den entfesselten Nationalitätshaß zurückgeführten Krawalle bei Bauten, Bergwerken 2c. rühren immer davon her, daß die Profitsucht der Unternehmer die billigen italienischen Arbeiter heranzieht, um die Löhne der einheimischen Arbeiter zu drücken. Der gleiche Anlaß liegt bei den Vorkommnissen in Bern bei dem Bau des historischen Museums vor. Die Vorkommnisse sind, vom internationalen Standpunkt aus besehen, bedauerlich, vom menschlichen Standpunkt betrachtet, aber sehr erklärlich.

Aus Frankreich. Die Sozialdemokraten beschlossen, zu den nächsten Wahlen 210 Kandidaten aufzustellen und in allen großen Städten zu agitiren.

Der „wilde" Pariser Gemeinderath hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß das französische Gebiet ein unverletzlicher Zufluchtsort für politische Flüchtlinge werde. Ferner sprach der Munizipalrath den Wunsch aus, es möchten die Papiere des russischen Flüchtlings Savicki dessen Familie übergeben werden.

Gegen die Gewerkschaften, die in der Arbeitsbörse konstituirt, aber nicht den vorgeschriebenen Meldebestimmungen genügt haben, ist die gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Die Syndikate sind aber nicht müßig geblieben. Sie haben eine Massenversammlung berufen, um gegen die Maßnahmen der Regierung zu protestiren. Wie bekannt, steht der Pariser Munizipalrath auf Seiten der organisirten Arbeiter und deren Freiheit. Das Gesetz, welches den Meldezwang vorschreibt, Einreichung der Mitgliederlisten, besteht seit 1884, ohne daß es behördlicherseits zur Anwendung gebracht wurde. Die Vermuthung liegt deshalb nahe, daß es nur auf Hänseleien abgesehen ist.

Aus Belgien. Volders, der unermüdliche Agitator Brüssels, ist mit seinen Genossen in dem Prozeß, während der Wahlrechtsbewegung die Arbeiter zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgereizt zu haben, freigesprochen worden. Wir haben Grund, anzunehmen, daß die Freisprechung ein Erfolg des Erfolgs der Wahlrechtsbewegung ist.

Aus England. Englische Bill über Einigungsämter. Nach mancherlei vergeblichen Anläufen ist nunmehr vom Präsidenten des Handelsgerichtes, Mundella, der schon früher um die Einigung in Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nicht ohne Erfolg bemüht war, ein Gesetzentwurf, betreffend Einigung und Schiedsgericht (conciliation and arbitration) in solchen Streitfällen, eingebracht worden. Derselbe wird von Burt und Asquith (Staatssekretär des Innern) als Regierungsvertretern unterstützt.

Der Inhalt der Bill lautet in der Hauptsache folgendermaßen:

1. Das Handelsgericht soll ermächtigt werden, auf Antrag eines Arbeitgebers oder Arbeiters einen Vermittler oder ein Einigungsamt einzusetzen, um die Ursachen des Streites durch Vernehmung der Parteien oder sonstwie zu ermitteln und eine friedliche Beilegung des Streits zu versuchen.

2. Es soll ferner ermächtigt werden, in jedem Distrikt oder Gewerbe, in welchem Streitigkeiten häufiger vorkommen und wo es an geeigneten Mitteln, ein lokales Einigungsamt zu Stande zu bringen, fehlt, Personen zu ernennen, welche die Lage des Gewerbes zu untersuchen und mit Arbeitgebern und Arbeitern zu verhandeln haben, zum Zweck, ein Schiedsgericht, zusammengesetzt aus Vertretern beider Parteien, zu bilden.

3. Es soll bei passender Gelegenheit ein Verzeichniß über diese Einigungsämter und Schiedsgerichte aufgenommen und vom Handelsgerichte fortgeführt werden.

4. Endlich sollen Berichte über dieselben publizirt und dem Parlament vorgelegt werden.

Das wesentlich Neue an dieser Bill ist, daß die Initiative, die bisher in Händen von Privaten lag, dem Handelsgericht übertragen wird. Der allgemeinen Tendenz der englischen Gesetzgebung in diesen Dingen folgend, bemühte man sich bisher, Alles auf der Arbeitsbörse zu begründen und strebte dahin, daß in diesen die gegenseitige Verpflichtung, bei Streitfällen das Urtheil von Schiedsgerichten anzunehmen und sich deren Entscheidung zu unterwerfen, aufgenommen würde. Ob dieses geschehen ist oder nicht, darüber setzt sich der neue Gesetzentwurf hinweg.

Von mehreren Seiten macht man der Bill den Vorwurf, daß sie gewissermaßen ihre Vorgänger ignorire und sich nicht darüber ausspreche, ob und inwieweit die früheren, denselben Gegenstand betreffenden Gesetze — die mit preußischer Gelehrsamkeit von den Herren Sachsse I. an alle aufgezählt werden — Giltigkeit behalten sollen. Da thatsächlich ein Konflikt mit diesen Gesetzen kaum zu befürchten ist, so scheint uns dieser Vorwurf weniger berechtigt als ein anderer, der nicht gemacht wird: es war jetzt je eine Streitfrage, ob die Unterwerfung unter einen Schiedsspruch rechtlich erzwungen werden könne (insbesondere ob hier § George IV. c. 96 vom Jahre 1824 anwendbar sei). Es wäre zu wünschen, daß das neue Gesetz sich über diesen Punkt unzweideutig aussprechen.

Aus Dänemark. Es geht vorwärts. Die Sozialdemokraten haben kürzlich in Aarhus (Jütland) ihr eigenes Versammlungshaus eingeweiht. In ganz Jütland sowie auch in den Provinzen haben die Sozialdemokraten überhaupt in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht und bedeutenden Einfluß gewonnen. Sie haben bekanntlich im Volksthing jetzt vier und im Landsthing zwei Vertreter, und haben in diesem Jahre zum ersten Male auch in der Bürgerrepräsentation drei Plätze besetzt. Der sozialdemokratische Verband zählt ungefähr 100 Wahlvereine und 150 Gewerkschaften oder Fachvereine. Die sozialistische Presse ist hier in Kopenhagen durch zwei Blätter vertreten, von welchen „Der Sozialdemokrat" über 22 000 Abonnenten hat und eines der meist gelesenen Blätter des Landes ist. In Jütland erscheinen sechs sozialistische Blätter. Hier haben die Sozialdemokraten ein großes Versammlungshaus und eine auf Aktien gegründete Kooperativ-Bäckerei und -Schlachterei. Bei den letzten Wahlen wurden über 50 000 sozialistische Stimmen abgegeben, und es zeigte sich deutlich, daß die sozialistische Strömung sehr bedeutend zugenommen hat im ganzen Lande. Die kleinen Städte auf dem Lande werden mit sozialdemokratischen Flugschriften förmlich überschwemmt. Die sozialistische Partei hat beschlossen, die Agitation besonders auf das platte Land zu verlegen, und zu diesem Zwecke ist das letztere in bestimmte Agitationsbezirke eingetheilt. Die Sozialdemokratie ist mit einem Worte hier eine Macht geworden, mit der man zu rechnen anfangen muß, umsomehr, als ein Theil der Studenten mit den sozialistischen Ideen offen sympathisirt. In diesen Tagen hat der „Sozialdemokrat" einen Aufruf veröffentlicht zur Gründung eines großen Wahlfonds, zu dem jeder Arbeiter wenigstens 2 Oere (3 ₰) beitragen soll, und durch den man sozialdemokratische Wahlkandidaten unterstützen will.

Der russische Maximaltarif. Ein Dekret des Kaisers von Rußland, welches die Abänderungen des russischen Zolltarifs enthält, ist kürzlich veröffentlicht worden. Darnach wird der gegenwärtige russische Tarif mit einigen Abänderungen als Minimaltarif angesehen und den Ländern zugestanden werden, welche die russischen Produkte unter den günstigsten Bedingungen zur Einfuhr und Durchfuhr zulassen. Diejenigen Länder, welche Rußland nicht die Behandlung der meistbegünstigten Nationen zugestehen, werden einem Maximaltarif unterworfen werden. In diesem Tarif werden auf eine Reihe von Waaren Prozentaufschläge erfolgen. Ein Zollaufschlag von 30 Prozent wird im Maximaltarif auf folgende Waaren gemacht:

Kartoffelmehl, Stärke, Mandelkleie, Früchte und Beeren (frische, getrocknete und eingekochte), Pasteten, Konserven, Trüffeln, Tabak, Zigarren, Konditorwaaren, Arrak, Rum, Liqueure, Traubenweine, moussirende und nicht moussirende Weine, Käse, Fisch (marinirt, gesalzen und geräuchert, außer Heringen), Austern, Leim, bearbeitetes Haar, Wachs, Lederfabrikate, Korkholz, Holzfabrikate, Korbmacherarbeit, bearbeitete und unbearbeitete Steine, Asbest, Alabaster, Gips, Polirstoffe, Töpferwaare, Fayence, Porzellan, Glasfabrikate, Gummi, Kautschuk, ebenso Fabrikate daraus, Schwefel, Weinstein, Blankali, Chromsalze, Aluminium, Beize, schwefelsaure Alaunerde, Natrum, Kali, Chlorkalk, Säuren, schwefelhaltige Kohlenstoffe, Vitriol, Lapis, Brechstein, Medikamente, Aether, Pflanzenöle, Kosmetika, Seife, Gerbstoffe, Berliner Blau, Kupfer, Farbe, Farbestoffe, Gold-, Silber- und Platinafabrikate, Kupfer-, Eisen-, Stahl- und Blechfabrikate, Eisen-, Stahl- und Kupferdraht, Nadeln, Messer, Waffen, Sensen, Sicheln, Handinstrumente, Maschinen und Apparate, Lokomotiven, Lokomobilen, landwirthschaftliche Maschinen, Waagapparate, Brillen, Uhren, musikalische Instrumente, Equipagen, Waggons, Schiffe, Schreibwaaren, Baumwollgarn, Seide, Seidenfabrikate, Wolle, Baumwollgewebe, Stricke, Seile, Jute- und Leinwandsäcke, Leinwand, Battistbettdecken, Materialien zum Weben und Stricken, Schnurband, Tüll, Spitzen, Wäsche und Kleidung, Damenhüte, Damenkopfputz, Hüte, Mützen, Schirme, Knöpfe, bearbeitete Federn, Glasperlen, Galanterie- und Toilettensachen, Pulver.

Einen Zollaufschlag von 20 pZt. setzt der Maximaltarif vorzugsweise auf folgende Waaren fest: Reis, Gemüse, Weintrauben, Anis, Kümmel, Nüsse, Senf, Lorbeer, Zichorien, Kaffee, Kakao, Tabak in Blättern, Honig, Hefe, Fruchtsaft, Essig, Fleisch, (Kuh-, Schaffleisch, gesalzenes, geräuchertes, gedörrtes Fleisch, Würste). Dungstoffe, Gebrannte Knochen, Kissen, Matratzen, Schwämme, thierische Fette, bearbeitete und unbearbeitete Häute, Pelzwerk, Holz, lebende und getrocknete Pflanzen, Baumaterialien, Ziegel, einfache Töpferwaaren, Karbolsäure, Kolophonium, Asphalt, Petroleum, Terpentinöl, Borax, Spath, Ammoniak und Wasserglas, Kreide, Indigo, Kochenille, Blei- und Zinkweiß, Eisen, Blech, Stahl, Kupfer, Aluminium, Nickel, Blei, Zinn, Zink, bearbeitetes Gußeisen, Eisen- und Stahlschienen, emaillirte Gußeisengefäße und Fabrikate, Lettern zum Bücherdruck, Fabrikate aus Blei, Zinn, Zink, Bronzirpulver, Lumpen und Papiermasse, Zellulose, ungekämmte und ungesponnene Wolle, Baumwollwatte, Wollen- und Halbwollengewebe.

Ferner wird bestimmt, daß wenn Waaren außereuropäischer Provenienz von einem europäischen Staate nach Rußland importirt werden, der Rußland nicht das Meistbegünstigungsrecht gewährt, diese einer Zollzahlung nach dem gewöhnlichen Tarif mit einem Aufschlag von 15 Prozent unterliegen. Ueber die Provenienz der Waaren aus Ländern, die Rußland gegenüber das Meistbegünstigungsrecht genießen, sind den russischen Zollämtern Zeugnisse der russischen Konsuln oder sonstige von dem Finanzministerium zu bestimmende Dokumente vorzulegen. Die Festsetzung der Zeit, wann und gegen welche Länder der Maximaltarif in Kraft treten soll, ist dem Minister der Finanzen in Vereinbarung mit dem Minister des Auswärtigen unter Einholung der Allerhöchsten Genehmigung anheimgestellt.

Ueber die Bedeutung dieser russischen Zollmaßregeln kann kein Zweifel herrschen. Rußland rüstet sich zum Zollkriege gegen Deutschland, weil die Verhandlungen wegen Abschlusses eines Handelsvertrages zur Zeit abgebrochen sind, und um angesichts der Zunahme der schutzzöllnerischen Elemente im deutschen Reichstage sich durch Hinaufschraubung der eigenen Zölle in die Lage zu versetzen, einen verstärkten Druck auf Deutschland auszuüben und die eigenen Konzessionen für die Zukunft werthvoller erscheinen zu lassen. Rußland folgt hierin dem Rezepte der Schweiz, mit welchem diese gute Geschäfte gemacht hat.

Bunte Reihe.

Braunschweig, 23. Juni. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kam u. A. zur Verhandlung ein Antrag des Stadtverordneten Loeb, den Magistrat zu ersuchen, der Militärverwaltung in einer ihm geeignet erscheinenden Weise die Bestimmungen des Vertrages vom 15 Mai 1878 über den kleinen Exerzierplatz in Erinnerung zu bringen. Der Antragsteller führte nach einem Bericht der „Braunschw. Landesztg." ungefähr Folgendes aus: Die Verhältnisse am kleinen Exerzierplatz, wie sie zwischen der Stadt und der Garnisonverwaltung bestehen, sind durch Vertrag vom 15. April 1878 geregelt. Darnach ist der nach dem Katharinenkirchhofe zu liegende westliche Theil des Platzes der Stadt zur ausschließlichen Benutzung überlassen, der andere nach Osten zu liegende Theil der Militärverwaltung zu militärischen Uebungen freigelassen. Dieser Vertrag hat nun vielfach seitens der Militärverwaltung Ueberschreitungen gefunden. Ich habe mich seit langer Zeit mit diesen Ueberschreitungen beschäftigt und bin durch einen besonderen Fall dazu gedrängt worden, die Sache hier zur Sprache zu bringen. Am 27. Mai d. J. spielte der 6½jährige Sohn des Direktors der städtischen Gewerbeschule, Leitzen, in der Allee, die an der Nebenstraße den Platz abgrenzt, an der Erde sitzend, in einem Sandhaufen. Auf dem Platze tummelte Lieutenant von Bosse vom Husarenregiment Nr. 17 sein Pferd. Er ritt wiederholt in der Nähe des Jungen vorüber. Dieser scheint das Herankommen des Offiziers nicht gesehen und Sand geworfen zu haben; das Pferd des Offiziers scheute und machte einen kleinen Seitensprung. Der Offizier bekommt dasselbe gleich wieder in seine Gewalt, reitet sofort auf den Jungen los, der die Flucht ergreift. Der Offizier, hinter ihm her, treibt ihn nach dem Platze zu. Das geschieht auf dem der Stadt allein zur Verfügung stehenden westlichen Theile des Platzes. Der Junge läuft vor dem Offizier her; hülferufend bleibt er schließlich stehen und bekommt von dem Offizier mit der Reitpeitsche drei heftige Schläge, einen über den Kopf, einen über den Arm und den stärksten über den Rücken, der noch am nächsten Tage starke Schwielen zeigte. Die Schwester des Jungen suchte dem Bruder zu Hülfe zu kommen und ruft schließlich ihren Vater. Gleichzeitig mit dem Mädchen trifft bei Schuldirektor Leitzen ein Mann ein, vor Aufregung kaum im Stande, eine Schilderung des Vorganges zu machen. Leitzen geht hinunter und auf den Offizier zu. Der Junge ist außer Verfolgung gekommen, weil, nachdem er dreimal geschlagen wurde, ein Mann auf den Offizier zuschreitet und ihm sagt, jetzt ist es genug. Sofort nimmt der Offizier die Verfolgung dieses Mannes auf, der sich nur dadurch rettete, daß er von einem Baum zum andern sprang. Direktor Leitzen kommt nun an den Offizier heran, welcher sofort sein Pferd parirt und sagt ihm, es ist mir gesagt, Sie hätten meinen Sohn geschlagen. Darauf erwidert v. Bosse, es ist mir nicht eingefallen, ihren Sohn überreiten zu wollen, dazu ist mir mein Pferd viel zu lieb, ich habe das Pferd überhaupt so in der Gewalt, daß ich es jederzeit pariren kann. (Kein Mensch, auch der Herr Lieutenant von Bosse vom 17. Husarenregiment nicht, kann dafür garantiren, daß er sein Pferd unter allen Umständen in der Hand behält. Red. d. „Fr. Ztg.") Es hatte sich eine große Anzahl von Menschen eingefunden, die sich als Zeugen bereit erklärten. Leitzen hat die Sache bei dem Militärkommando angebracht. Wie ich höre, ist ihm der Bescheid geworden, daß dem Offizier ein scharfer Verweis ertheilt werden soll. Leitzen wird sich dabei nicht beruhigen, sondern gerichtliches Verfahren beantragen. Der Antrag wird unterstützt, sofort zur Berathung gestellt und ohne Debatte angenommen.

Essen, 25. Juni. Im hiesigen Stadtgarten fand heute der achte Rheinische Provinzial-Tischlertag statt. Die von den Innungen zu Essen, Krefeld, Elberfeld und Köln beschickte Versammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Rings (Köln) geleitet, welcher über die Thätigkeit des Vorstandes im abgelaufenen Geschäftsjahre berichtete. Dieselbe erstreckte sich auf den Entwurf eines Genossenschaftsstatuts für Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, auf die vom Schweriner Allgemeinen Tischlertag beschlossene Feuerversicherung für Innungs-Mitglieder, auf die einheitliche Regelung der Verbandspapiere, auf die durch § 122 der Gewerbe-Ordnung geforderten Arbeitsverträge, sowie auf Abfassung einer Petition betr. Submissionswesen und Schleuder-Ausverkäufe. Der Geschäftsbericht gab Anlaß zu einem lebhaften Meinungs-Austausch, in welchem besonders auf die Nothwendigkeit des Abschlusses von Arbeitsverträgen hingewiesen wurde. Die Mehrzahl der jetzt die Gewerbegerichte beschäftigenden Sachen gehen aus dem Mangel an solchen Verträgen hervor. Ein Antrag auf allgemeine Einführung von Arbeits-Verträgen soll dem zehnten deutschen Tischlertag unterbreitet werden. Die Rechnungsablage ergab einen Bestand von ℳ 1201. Ein Antrag der Krefelder Innung, die Lehrzeit der Tischlerlehrlinge auf vier Jahre, statt wie bisher drei Jahre, festzustellen, wurde mit Mehrheit gutgeheißen und soll ebenfalls auf die Tagesordnung des zehnten Tischlertages gesetzt werden. Die Essener Delegirten waren zwar keine grundsätzlichen Gegner des Antrages, machten aber geltend, daß bei Festsetzung einer vierjährigen Lehrzeit den Meistern in Industriegegenden es unmöglich sein werde, Lehrlinge zu erhalten. Schon bei dreijähriger Lehrzeit müsse man jetzt mit solchen jungen Leuten sich begnügen, welche in Fabriken keine Aufnahme finden. Einem Antrag der Krefelder Innung, der Unsitte entgegenzuarbeiten, daß bei sofortiger Bezahlung bestellter Waaren 2 Proz. Skonto bewilligt würden, wurde zugestimmt. Man war der Ansicht, daß der Handwerkerstand, welcher unter ganz anderen Verhältnissen arbeite, wie der Kaufmannsstand, nicht in der Lage sei, bei reeller Bedienung Abzüge von den vereinbarten Preisen sich gefallen zu lassen. Die Feststellung bestimmter Normen für praktische und theoretische Arbeiten im Bau- und Möbelfache in Bezug auf Lehrlings- und Gesellenprüfung, worüber Herr Jacobs (Elberfeld) berichtete, wurde bei der Schwierigkeit der vorliegenden Materie nicht zum Abschluß gebracht. Bei allen Innungen soll eine Umfrage über diesen Punkt veranstaltet und das Ergebniß dem zehnten deutschen Tischlertag als Material unterbreitet werden. Eine längere Debatte rief der von der Kölner Innung auf die Tagesordnung gesetzte Antrag, Besprechung des vom Abg. Dr. Hitze in Aussicht gestellten Gesetzes über die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit der Arbeiter hervor. Der Referent, Herr H. Rings (Köln), führte aus, daß nach der Absicht des Abg. Hitze mit der Durchführung eines solchen Versicherungsgesetzes, dessen Entwurf fertiggestellt sei, das Reichsversicherungsamt betraut werden solle. Dieses soll auch die Befugniß erhalten, bei Arbeitslosigkeit in einem Gewerbe die zulässige Dauer der Arbeitszeit festsetzen zu können. Die Kosten eines solchen Gesetzes würden wieder die Meister zu zahlen haben, wogegen der Handwerkerstand rechtzeitig Stellung nehmen müsse. Herr Abg. Hitze werde wahrscheinlich auf dem in Cleve demnächst stattfindenden Handwerkertage erscheinen und dort über die näheren Einzelheiten dieses Gesetzes befragt werden. Nehme das Handwerk nicht rechtzeitig Stellung zu einem solchen Gesetz, dann werde es auch noch mit einem fünften sozial-politischen Gesetz beglückt und schließlich durch die an seine Leistungsfähigkeit gestellten Anforderungen ruinirt werden. Die Zufriedenheit unter den Arbeitern werde überdies durch solche Gesetze nicht vermehrt und nur die Begehrlichkeit derselben gesteigert. Während mehrere

Delegirte sich auf den Standpunkt des Herrn Rings stellten, trat Herr Schumacher (Köln) der von Herrn Abg. Hitze angeregten Idee einer Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit rückhaltlos bei. Allerdings würde Fürsorge getroffen werden müssen, daß durch ein solches Gesetz das Handwerk nicht noch mehr belastet werde. Die Grundidee des Hitze'schen Vorschlages entspringe dem Prinzip der christlichen Liebe, welche fordern müsse, daß jedem Menschen das zur Erhaltung des Lebens Erforderliche gewährt werde. Am Schluß der erschöpfenden Auseinandersetzung wurde beschlossen, den Hitze'schen Gesetzentwurf auf dem allgemeinen deutschen Tischlertag zur Besprechung zu bringen. Hinsichtlich den von den Gewerbevereinen Deutschlands befürworteten Gewerbekammern gegenüber den von der Regierung verheißenen Handwerkerkammern wurde beschlossen, unbedingt an der Forderung der Handwerkerkammern festzuhalten. Als Vorort wurde Köln gewählt, wo auch der nächste rheinische Tischlertag abgehalten werden soll.

Der Untergang der „Victoria". Ueber die vermuthliche Ursache der großen Ausdehnung der Katastrophe wird der „D. Ztg." von einem Fachmann geschrieben: „Die „Victoria" war ein Schiff neuester Konstruktion von 14 000 Tonnen Gehalt. Moderne Schiffe werden nun stets mit einer großen Anzahl wasserdichter Kammern in den unteren Räumen versehen, um im Falle des Leckwerdens einer oder mehrerer von ihnen das Schiff so lange auf der Oberfläche zu erhalten, bis das in die schadhaft gewordenen Kammern eingedrungene Wasser ausgepumpt und das Leck verstopft ist. Die Zahl dieser wasserdichten Kammern ist selbstverständlich um so größer, je größer das Schiff ist, und je mehr für den Bau desselben aufgewendet werden konnte. Wären nun die „wasserdichten" Kammern der „Victoria" thatsächlich, ihrer Aufgabe entsprechend, wasserdicht verwahrt worden, so hätte das Schiff kentern oder sich auf die Seite legen, niemals aber binnen wenigen Minuten sinken können, auch wenn die „Camperdown", was wohl nicht geschehen ist, eine ganze Schiffswand weggerissen hätte. Ueber den Zustand der See während der Katastrophe liegen Nachrichten nicht vor. Es läßt sich daher mit Bestimmtheit annehmen, daß das Meer ruhig war. Das Schiff konnte demnach, in Anbetracht aller Umstände, nur dann sinken, und so rasch sinken, wenn die Luftkammern, welche dies verhindern sollten, nicht sorgsam abgeschlossen waren. Ohne Zweifel liegt ein solches Versäumniß vor. Es ist ja leider Thatsache, daß schon bei dem Bau der großen Kriegs- und Passagierschiffe zahlreiche Verstöße gegen das Prinzip begangen werden, welches der Herstellung der Luftkammern zu Grunde liegt. Man macht für dieselben bedeutende Aufwendungen, belastet das Schiff mit einer großen Eisenmasse und durchbohrt dann diese Eisenwände nach allen Richtungen mit der leichtfertigsten Weise. Und zum Ueberflusse wird später von den Offizieren auch nicht darauf geachtet, daß zumindest die Verbindungsthüren der Kammern stets sorgfältig geschlossen gehalten werden. Hierdurch erklärt sich die Katastrophe der „Victoria", wie so manche andere der letzten Jahre. Es erscheint unter solchen Umständen angemessen, einen Appell an die Leitung der Kriegsmarine und der Schiffahrtsgesellschaften zu richten, aus solchen furchtbaren Unglücksfällen endlich eine Lehre zu ziehen und etwa nothwendige konstruktive Aenderungen an den Schiffen vorzunehmen, sowie die strengsten Verordnungen wegen Beobachtung der Gebote der Vorsicht auf denselben zu erlassen." — Die Katastrophe der „Victoria" ist eine der größten, die je zur See sich ereignet haben und erinnert an das Schicksal des „Re d'Italia", der in der Schlacht von Lissa von dem österreichischen Panzerschiffe „Ferdinand Max" in den Grund gebohrt wurde, wobei der italienische Schiffskommandant mit mehr als 400 Mann das Leben verlor. Ein ähnlich großes Unglück traf bekanntlich die deutsche Flotte, als das Panzerschiff „Großer Kurfürst" am 31. Mai 1878 durch einen Zusammenstoß mit dem „König Wilhelm" zu Grunde ging, was über dreihundert deutschen Seeleuten das Leben kostete.

Eine neue großartige elektrische Erfindung. Der Fernsprecher hat einen gefährlichen Mitbewerber erhalten. Nachdem das drahtlich gesprochene lebendige Wort des Telephons für einen großen Theil des Fernverkehrs die todte Zeichenschrift des Telegraphen verdrängt hat, taucht in dem Telautographen, dem „Fernselbstschreiber", jetzt ein neues elektrisches Verkehrsmittel auf, das den Unzulänglichkeiten und Ungenauigkeiten des Fernsprechers abzuhelfen, und durch unmittelbare augenblickliche authentische Niederschrift von Mittheilungen aus weitester Ferne den telegraphischen Depeschendienst und theilweise den brieflichen Postdienst zu ersetzen bestimmt sein dürfte; diesmal ist es nicht der geniale Edison, der der Welt diese neueste Offenbarung der Elektrizität übermittelt, sondern ein anderes, obwohl weniger allgemein bekanntes amerikanisches Erfindergenie, Elisha Gray, der Entdecker des ersten musikalischen Telephons. Zeitweilig auf dem Telephongebiet von Bell und Edison überschattet, tritt Gray nunmehr mit dem Telauthographen, wodurch also die Eigenschrift irgend einer Privatperson aus weiter Ferne in der Behausung des Adressaten gleichzeitig mit der Niederschrift am Aufgabeorte wiedergegeben werden kann, von Neuem in die Arena des Wettbewerbes, um die Palme auf dem Gebiete der Erfindung für elektrischen Fernverkehr auf und dürfte damit noch weiterreichende Ergebnisse erzielen, als die beiden Vorgenannten. Der Telautograph vermag genau dasselbe zu leisten, was ein Brief leistet, und so schnell an den Empfänger befördert zu werden, wie eine telegraphische Depesche. Man darf den Telautographen daher auch einen telegraphischen Briefschreiber nennen, dessen Feder in zwei weit voneinander entlegenen Städten gleichzeitig eine doppelte eigene schriftliche Aufzeichnung bewirkt. Sechs Jahre lang ist Gray, unterstützt von einer Anzahl Hülfsarbeitern in einem eigens darauf eingerichteten Laboratorium thätig gewesen und erst vor Kurzem damit zum Abschluß gelangt. Eine Gesellschaft ist mittlerweile zur kaufmännischen Ausbeutung seines Patentes gebildet worden. Der Telautograph wird vom Erfinder selbst folgendermaßen beschrieben: „Der Schreibapparat am Abgangsorte kann in irgend einem Hause, Komptoir, Zimmer, in das eine telephonische oder telegraphische Drahtleitung hineinreicht, auf einem einfachen Schreibtisch oder Pult angebracht werden. Ein gewöhnlicher Bleistift dient zur Niederschrift. An seiner Spitze sind im rechten Winkel zueinander zwei seidene Schirme befestigt, die, mit dem Apparat verbunden, der Bewegung des Bleistiftes genau folgen und den Empfangsstift am anderen Ende der Leitung in entlegener Stadt, also im Wohnort des Adressaten, elektrisch beherrschen. Das gewöhnliche 5 Zoll breite Briefpapier auf der Aufgabestation läuft über eine an dem Apparat befestigte Rolle und wird, ähnlich wie bei dem bekannten Type-Writer oder Schreibmaschine, durch Druck auf einen Hebel Zeile für Zeile elektrisch weiter geschoben. Am Empfangsende des Adressaten halten zwei Aluminium-Arme die fortwährend mit Tinte gespeiste, haarfeine Glasröhre, die als Feder zur Niederschrift dient, und durch den elektrischen Strom vom Absender die Mittheilung ausgeleitet, sich gleichzeitig und in gleicher Richtung und Ausdehnung mit jeder Bewegung des fernen Bleistifts am Abgangsende bewegt, derart, daß ihre Niederschrift in Tinte eine ganz genaue Wiedergabe dessen ist, was der Urheber am Abgangsende mit dem Bleistift schreibt oder aufzeichnet. Handzeichnungen, stenographische Zeichen und andere Hieroglyphen können gleichfalls drahtlich übermittelt werden. Sämmtliche Geschäfte, die gegenwärtig durch brieflichen Verkehr besorgt werden, sollen in Zukunft sich telautographisch besorgen lassen. Die neue Gesellschaft beabsichtigt in allen Städten die Einrichtung von telautographischen Zentralstationen, deren Dienst durch Ab- und Anzweigungen der Bahnverbindungen auf der Grundlage des Telephondienstes geschieht. Der Geschäftsmann läßt in seinem Komptoir der Hauptstelle seiner Stadt die telautograghische Weisung zugehen, ihn mit Nummer so und so in der und der Stadt (oder auch im nämlichen Ort) in Verbindung zu bringen, und während er an seinem Pulte schreibt, erscheint gleichzeitig die automatische Niederschrift auf dem Pulte des fernen Adressaten und Korrespondenten. Eine Glocke meldet die Vollendung des telautographischen Berichts. Geldanweisungen, Wechsel und Tratten können in dieser Weise ohne Zeitverlust eigenhändig ausgefertigt, unterschrieben, angenommen oder girirt, Urkunden und Uebereinkünfte gesetzlich vollzogen, Pläne, Bilder, Handelsmarken, steckbriefliche Porträts, Spalten, Zahlenreihen usw. usw. drahtlich übermittelt werden. Für die Zeitungen insbesondere wird sich die neue Erfindung von unberechenbarem Nutzen erweisen. Wird unter solchen Umständen nicht der derzeitige staatliche und zwischenstaatliche Post- und Depeschendienst sich als überflüssig erweisen und eine telautographische Umwälzung erfahren? Ob in nächster oder erst in späterer Zukunft, auf allen Gebieten des Lebens verspricht die Elektrizität allein das Wort zu führen, und die Telautographie, die auch in Verbindung mit der schnell arbeitenden Schreibmaschine gebracht werden kann, einen hervorragenden Platz einzunehmen.

Die Theilung der Erde. Etwa 135 Millionen Quadratkilometer Land umfaßt die ganze Erde. Von diesen fallen etwas über 4 Millionen auf herrenlose — weil unbewohnbare — Gebiete (Nord- und Südpolarländer 2c.), etwas über 13 Millionen auf politisch unbestimmte Landstriche, die meist in Afrika zu finden sind, der „Rest", rund 117 Millionen Quadratkilometer, ist unter 75 Staaten ausgetheilt, wobei wir unter „Staat" die ganze politische Machtsphäre, also Hauptland einschließlich Kolonien, Schutzgebiete 2c., verstehen. Dem Flächeninhalt nach steht an der Spitze der Staaten das britische Reich mit 26,16 Millionen Quadratkilometer; ihm folgen das russische mit 22,3 Millionen, das chinesische mit 11,1, die Vereinigten Staaten mit 9,2 und Brasilien mit 8,36 Millionen. Erst in weiter Entfernung kommen Frankreich (3,64), Türkei (3), Argentinien (2,08) und das Deutsche Reich (2,6). Den Schluß macht Monako mit 22 Quadratkilometer, das ist etwa der millionte Theil des russischen Reiches.

Etwas anders gruppiren sich die Staaten, wenn wir sie nach der Bevölkerungszahl ordnen. Von der Gesammtbevölkerung der Erde in der Höhe von über 1470 Millionen Seelen fallen zunächst etwa 45 Millionen auf die noch politisch unbestimmten Gebiete, alles Uebrige ist staatlich untergebracht. An Einwohnerzahl machen sich derzeit das chinesische und britische Reich den Vorrang streitig. Jenes zählt rund 361, dieses 350 Millionen Menschen. A. Oppel, der diese Frage im „Ausland" (1893, Nr. 5) bespricht, meint aber, daß erstens einmal in den Angaben über die Bevölkerung des Reiches der Mitte neuerdings eine Tendenz zum Herabgehen zu beobachten sei, und daß, selbst jene Zahlen als richtig vorausgesetzt, das britische Reich vermöge der stärkeren natürlichen Vermehrung seiner Bewohner das chinesische bald einholen werde, so daß also um das Jahr 1900 Albions Szepter über die meisten Köpfe und über die meisten Quadratkilometer gebieten würde.

Ein großer Sprung führt von den 350 Millionen Britanniens zu den 113 Millionen Rußlands. Abermals in weitem Abstand folgen Frankreich mit 72,5, die Ver. Staaten mit 63, das Deutsche Reich mit 53, Oesterreich-Ungarn mit 42 und Japan mit 40,7 Millionen Seelen. In dieser Reihenfolge steht also Deutschland an sechster Stelle, während es nach dem Flächenraum erst die neunte einnahm. Den Beschluß macht die Zwergrepublik Andorra, die etwas über 6000 Bürger und Bürgerinnen unter ihren Fittigen versammelt.

Technisches.

Eine sehr einfache Vorrichtung zum Stellen von Jalousien, die sich aber auch für viele andere Zwecke praktisch verwenden läßt, besteht nach einem amerikanischen Patente aus einer haarnadelförmig gebogenen Drahtschleife, die oben glatt gedrückt, mit diesem Theile unten an das Jalousie-Stelleisen befestigt wird, während die wellig gebogenen Schenkel von einer am Fensterholz eingeschlagenen U-förmigen Oese umgeben werden; die Schenkel sind federnd und spreizen sich mit den Wellen gegen die Schenkel der Oese, so daß ein einfacher Druck auf die Enden der Schleife genügt, die Einstellung zu lösen und zu ändern. (Mitgetheilt vom Patent- und technischen Bureau von Richard Lüders in Görlitz.)

Schneidelade zur Herstellung von Gehrungen. (Patent Fruß Reiß.) Bei Brettern und Leisten, welche mit den Längskanten nach oben gerichtet sind, wurden Gehrungen bisher in der Weise eingeschnitten, daß zuerst eine Vorzeichnung vorgenommen und dann mit der Säge nachgeschnitten wurde. Es ist wohl leicht einzusehen, daß ein derartiger Vorgang sehr zeitraubend ist, ganz abgesehen davon, daß der Arbeiter nicht in der Lage ist, den Schnitt sicher und genau auszuführen. Dieser letztere Umstand, der an und für sich geeignet ist, den Werth des Produktes zu schmälern, ist wieder Veranlassung, daß die Arbeitsstücke öfters nachgearbeitet werden müssen, was zur natürlichen Folge hat, daß die Herstellungskosten nicht unbeträchtlich erhöht werden. Man hat sonach bei der bisherigen Herstellungsmethode zwei schwerwiegende Uebelstände: einerseits die schwierigere und ungenaue Arbeit, andererseits die erhöhten Herstellungskosten.

Die oben erwähnte Erfindung schließt das Vorzeichnen ganz aus und trotzdem ist es durch dieselbe möglich gemacht, einen vollkommen exakten Schnitt auszuführen.

Die Schneidelade besteht aus zwei Backen, welche mit stählernen Führungsschienen versehen sind. Die eine der beiden Backen trägt die Stellschienen, während an der zweiten die Stellschrauben angebracht sind. Durch eine an den Stellschienen angebrachte Maßeintheilung wird es ermöglicht, daß die die Stellschraube tragende Backe genau nach der Dicke und Anzahl der Bretter eingestellt werden kann. Der Vorgang bei Anwendung der Vorrichtung ist folgender: Es wird eines oder mehrere Bretter oder Leisten aufgestellt und die Schneidelade darauf gesetzt; die Stelle, an welcher der Schnitt vorgenommen werden soll, kann durch eine Linie markirt werden. Die an der Schneidelade befindlichen Führungsschienen führen die Säge so, daß die Schärfe derselben weder nach der einen, noch nach der anderen Seite hin abweichen kann und auf diese Weise den beabsichtigten Winkelschnitt genau ausführt. Damit die Säge nicht zu tief in das Holz eindringe, beziehungsweise, daß der Schnitt nicht tiefer gehe, als beabsichtigt und nothwendig ist, ist an derselben parallel zur Schärfe eine Metallleiste angeordnet, welche mittels Stellschrauben in geeigneten Führungen entsprechend eingestellt werden kann. Da an den Führungen der Metallleiste eine Maßeintheilung angeordnet werden kann, so kann der Schnitt infolge der genauen Einstellung nach der Eintheilung auf den Millimeter genau ausgeführt werden. Soll der Schnitt tiefer gehen, so wird die Metallleiste höher gestellt, das heißt näher an den Rücken der Säge; wird ein minder tiefer Schnitt gewünscht, ist die Metallleiste tiefer, also von dem Sägerücken entfernter zu stellen.

Der letzte harte Winter hat sicherlich zarteren Obstbäumen in feuchten Lagen geschadet, so daß sie eingehen dürften. Hoffentlich wird es nicht so schlimm werden, wie in dem noch härteren Winter 1879/80. Damals hat man das Holz der Obstbäume, mit Ausnahme der erfrorenen Nußbäume, fast ausschließlich als Brennholz verwerthet. Mancher Klotz eignet sich aber vorzüglich zu Drechslerholz und hätte demnach bessere Preise gebracht. Die „Köln. Volkszeitung" macht darauf aufmerksam, daß aus Apfelbaumholz Trinkgefäße, Zigarrenspitzen, Aschenbecher gedrechselt und Kämme für Maschinen und Mühlenräder gefertigt werden. Daß Birnbaumholz durch Beizen zur Herstellung von Ebenholznachahmungen benutzt wird. Daß aus Zwetschenbaumholz gute Faßhähne gemacht werden. Schließlich das Kirschbaumholz ein anerkannt vorzügliches und gesuchtes Möbelholz ist. Mögen daher Landwirthe, die demnächst in die unangenehme Lage versetzt werden, erfrorene Obstbäume einschlagen zu müssen, sich an diesen Wink erinnern und astreine Klötze dem Drechsler oder Tischler anbieten. H.

Die Anfertigung der Zahnstocher nimmt in Portugal eine hervorragende Stellung ein, da in Lissabon und Coimbra Tausende von Arbeitern damit beschäftigt werden, und die, mit besonderer Geschicklichkeit begabt, eine vortreffliche und nach vielen Ländern ausgeführte Waare zu mäßigen Preisen liefern. Das Material wird von der weißen Weide entnommen. Die hierzu nöthigen und seither nicht vervollkommneten Werkzeuge bestehen in einem einfachen Messer, vermittelst dessen die rohen Holzstücke verarbeitet werden. In Canada werden in einer großen Fabrik, die M. Hutchinson in Sheerhrocke angelegt hat, ungeheure Mengen von Zahnstochern erzeugt. Die amerikanischen Farmer der Umgegend bringen die drei Fuß lang geschnittenen Stämme in unbearbeitetem Zustande und erhalten 3—4 Dollar für die Klafter. Der frische Holzblock wird zunächst von der Rinde befreit und hierauf glatt abgedreht, bezw. abgerundet. Hierauf wird er mittelst eines zu diesem Zweck besonders eingerichteten Werkzeuges in Bänder geschnitten, deren Breite der Länge der Zahnstocher entspricht. Diese Bänder werden über eine Walze gerollt, durch Anwendung eines zweiten Werkzeuges an beiden Rändern so verdünnt, wie es für die Spitzen der Zahnstocher erforderlich ist, und zuletzt unter einen Zylinder geführt, der mit 43 Messern versehen ist und sich mit solcher Schnelligkeit dreht, daß es möglich wird, in einer Minute 600 000 Stück Zahnstocher zu schneiden. Nachdem dann die Zahnstocher getrocknet sind, werden sie von Mädchen zu je 2000 in Schachteln von starkem Papier verpackt. H.

Eine neue Holzsäge- und Hobelmaschine. Erst vor Kurzem ist in den Vereinigten Staaten eine Maschine konstruirt worden, mit welcher man direkt von dem Baumstamme Bretter schneiden und hobeln kann, ohne daß dabei Sägemehl oder Spähne abfallen.

Die Hauptbestandtheile derselben bestehen nach einer Beschreibung des in Philadelphia erscheinenden Blattes „The Manufacturer and Builder" in folgendem:

Vor allem aus einem Gestelle von massivem Eisen, 12 Meter lang, 4 Meter breit und 2 Meter hoch.

An diesem Gestelle, dessen Seiten zur Führung dienen, schwingt sich ein 12 Meter langes Messer, welchem mittels einer eigenen sinnreichen Vorrichtung eine vertikale reziprozirende oder hin und her gehende Bewegung mitgetheilt wird.

An dem einen Ende des Gestelles, und zwar an dasselbe befestigt, befindet sich ein Zylinder nahezu von einem Durchmesser von 5 Meter, welcher einen Hub von 3 Meter hat.

Das Messer mit seinem Rahmen ist direkt an eine Kolbenstange angemacht, so daß der Dampf direkt auf es einwirkt. An dem Zylinder ist ein massives Schwungrad angebracht, etwas über 3 Meter im Durchschnitt groß und 6500 Kilogramm schwer. An diesem Schwungrade befindet sich eine Kurbel, welche mit dem anderen Ende an den Rahmen angemacht ist, welcher das Messer führt. Das Schwungrad sichert Regelmäßigkeit der Wirkung, hilft der Maschine, über den todten Punkt hinweg zu kommen und führt das Messer zurück an seine Stelle. Gegenüber der Stelle, wo das Messer sich schwingt, ist ein Karren für den Baumstamm mit Klammern versehen, um die Baumstämme in der erforderlichen Lage zu halten. Dieser Karren wird mittels Dampfes in Gang gesetzt. Aber eine kleine Reben-Dampfmaschine bringt den Stamm 2c. viel rascher zurück, als es die vorerwähnte Dampfzuführung thun könnte. Diese Zuführung wird durch einen Kamm in Thätigkeit versetzt, welcher in das Schwungrad eingreift und durch Verstellung des Getriebes kann ihr Grad von 3 Zentimeter und noch weniger für jeden Schnitt gewechselt werden. Die vertikale Bewegung, welche das Messer auf seinem Gange ausführt, den er rückwärts und vorwärts in dem Gestelle macht, und die nothwendig ist, damit es einen schwingenden Zugschnitt macht, welcher eine glatte gehobelte Fläche ergiebt und das Zerreißen der Holzfaser verhindert, wird von einer Kurbel bewirkt, welche einen Hub von 10 Zentimeter hat, wobei die Stange, welche an den inneren Rahmen angemacht ist, das Messer führt. Diese Kurbel wird von einer Trommel gedreht, welche mit der Maschine auf der Spitze des Gestelles sich schwingt und sich dreht, während das Messer und der Rahmen mittelst Reibung an dem Stahl-

seile rückwärts und vorwärts geht, welches an die Enden des Rahmens angemacht ist und dreimal um die Trommel herumgeht.

Diese Maschine arbeitet nun folgendermaßen:

Der Baumstamm wird auf den für ihn bestimmten Karren gelegt und sorgfältig und fest an denselben angemacht, worauf man darauf achtet, daß der Schnitt mit der Holzfaser geht. Der Karren wird dann hinauf zum Messer gebracht, welches dadurch in Gang gesetzt wird, daß ein Drosselventil gedreht wird, das den Dampf direkt auf den Kolben leitet. Der Schnitt wird auf dem rückwärtsgehenden Hube gemacht d. h. während das Messer gegen den Kolben geht. Denn der Dampf wirkt blos mit voller Kraft auf den rückwärtsgehenden Hub, während die Umdrehung des Schwungrades und eine sehr kleine Quantität Dampf hinreichen, um das Messer wieder an seine Ausgangsstelle zu bringen. Nach einigen wenigen vorläufigen Huben, und nachdem die erforderliche Schnelligkeit erlangt ist, wird das Zuführungsgeschirr in Gang gelassen und der Baumstamm gegen das Messer geführt. Nachdem die rauhe Außenseite weggearbeitet ist, wird ein reines Brett von der ganzen Länge des Stammes und von der erforderlichen (beliebigen) Dicke an der Seite der Maschine fertig abgeliefert, und der ganze Baumstamm in einer oder in zwei Minuten gänzlich, ohne Abfall von Sägemehl oder Spähnen, in Bretter verwandelt, welche vollkommen glatt sind und auch keine künstliche Austrocknung nöthig haben.

Das Messer macht während eines Schnittes vier auf- und abwärtsgehende Bewegungen, so daß man sie fast garnicht sich schwingen sieht und die Bretter die schönste gehobelte Fläche zeigen und auf's Beste zugerichtet erscheinen.

Die Maschine schneidet Fourniere mit vollkommener Genauigkeit, und da sie mit der Faser des Holzes schneidet, können die Baumstämme so hergerichtet werden, daß vier verschiedene Muster von Fournieren erhalten werden können, eine Leistung, welche man von der rotirenden Fourniermaschine nicht erlangen kann.

Die besondere Nützlichkeit dieser Maschine besteht darin, daß sie die Arbeit von zwei Maschinen, einer Säge- und Hobelmaschine, mit einer Leistung verrichtet, ohne den Verlust an Material, mit welchem jede der beiden Maschinen, die Sägemaschine mit Sägemehl und die Hobelmaschine mit Spähnen arbeitet.

Die Maschine macht 40 Hube in der Minute und bringt mit jedem Hube ein vollkommen fertiges Brett fertig. Die damit verbundene Dampfmaschine hat eine Pferdekraft von 150, arbeitet aber nur mit 60 Pferdekräften.

Literarisches.

Sozialpolitisches Centralblatt. (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von Karl Heinemann's Verlag, Berlin W, Mauerstr. 44.) Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 ₰. Erschienen ist Nr. 39, 2. Jahrg.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 39. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Eigenbrödler. — Der Untergang des adeligen Großgrundbesitzes in Rußland. — Die Ergebnisse der Einkommensteuer-Abschätzungen im Königreich Sachsen. Von Dr. H. Lux. — Literarische Rundschau. — Notizen: Die militärischen Fachleute. Frauen- und Kinderarbeit im indischen Bergbau. — Feuilleton: Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren. Von Dr. Paul Ernst. (Schluß.)

Soeben erschien das dritte Heft von Joh. Sassenbach, **Die heilige Inquisition.** Verlag von Joh. Sassenbach, Berlin N 4, Invalidenstraße 145. Dieses Heft beschäftigt sich mit dem Wüthen der Inquisition in Spanien, wo bekanntlich das heilige Offizium am schrecklichsten gehaust hat. Es führt uns zu einem feierlichen Auto de Fé, welches in Gegenwart und zu Ehren der Verheirathung des Königs Karl II. stattfand und das mit aller möglichen Pracht gefeiert wurde. Die Anschaffung des Werkchens kann wegen seines Inhalts und des sehr billigen Preises dringend empfohlen werden. Die bis jetzt erschienenen drei Hefte sind von jedem Buchhändler und Kolporteur und auch von der Expedition dieses Blattes zum Preise von 15 ₰ pro Heft zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Tischlermeister. Wenn die dortige Innung das Privileg des Paragraph 100 e der Gewerbeordnung nicht genießt, steht dem Halten von Lehrlingen Ihrerseits nichts im Wege. Jugendliche Arbeiter dürfen Sie beschäftigen. Sollte die dortige Innung das Privileg des § 100 e genießen, was wir aber nicht glauben, so beschäftigen Sie den jungen Mann getrost als jugendlichen Arbeiter. Schaden kann dem jungen Mann ja nicht erwachsen, da er als Ausländer später doch nicht unter den Quertreibereien der Innungen zu leiden hat.

Briefkasten der Expedition.

Potschappel, K. W. Sie sind im Recht, der überschüssige Betrag wird zurückgesandt.

Prenzlau, F. R. M. 2,80 erhalten Sie zurück von dem eingesandten Betrage für Herbergsanzeiger.

Brandenburg, A. Sch. Den Betrag für Nichtmitglieder verrechnen Sie mit Stuttgart. Um hier reinen Tisch zu haben, erhalten Sie den Betrag zurück.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. H. in Hamburg.)

Bekanntmachungen des Hauptkassirers.

Ueberschüsse sandten ein vom 10 bis 24. Juni: Bremen M. 1200, Uetersen 401,34, Gießen 400, Berlin G 400, Kalk 400, Halle 400, Würzburg 400, Grabow 350, Ratheuow 300, Reiherstieg 300, Hamburg V 300, Erlangen 250, Deutz 200, Schleißheim 200, Brühl i. Bad. 200, Halberstadt 200, Offenburg 200, Emmendingen 150, Möckern 150, Dessau 150, Hamburg VI 150, Hildesheim 150, Aschersleben 100, Vallendar 100, Berchtesgaden 100, Poll 100, Britz 100, Friedrichsdorf 100, Reudnitz 100, Bielefeld 100, Vollmarshausen 100, Bruchköbel 100, Griesheim 100, Kunnersdorf 80, Rendsburg 80, Neumünster 80, Burgsteinfurt 80, Kirchditmold 80, Tübingen 80, Strehlen 75, Schwelm 75, Falkenberg 50, Ruppertshain 50, Weisenheim 23,86. Summa M. 8705,20.

Zuschüsse erhielten vom 10. bis 24. Juni: Berlin E M. 800, Berlin F 800, Mainz 400, Ehrenfeld 300, Buxau 200, Cotta 200, Volkmarsdorf 200, München-Gladbach 200, Stötteritz 200, Leipzig I 200, Mülheim a. Ruhr 200, Beiertheim 200, Reinickendorf 200, Daubern 200, Eutritzsch 200, Grötzingen 200, Kaiserslautern 200, Merseburg 150, Göppingen 150, Friesenheim 150, Neustrelitz 150, Ebingen 150, Heddesheim 150, Wallstadt 124, Muggensturm 120, Lampertheim 100, Böckingen 100, Viersen 100, Dünnwald 100, Ludwigshafen 100, Ehringsdorf 100, Ettlingen 100, Kostheim 100, Leutzsch 100, Untergrüne 100, Fellbach 100, Posen 100, Pankow 100, Thonberg 100, Olbernhau 100, Danzig 100, Schwenningen 100, Watzenborn 80, Blankenburg a. H. 75, Wilhelmshaven 75, Bunzlau 70, Okriftel 64, Cottbus 50, Kristel 50, Neuwied 50, Böhlitz 50, Göttingen 50. Summa M. 8358.

L. Jacobs.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Eilenburg. Sonnabend, den 8. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Die Lokalverwaltung.

Hamburg. Am Dienstag, den 4. Juli, Abends 8½ Uhr, in Böhlke's Lokal, Valentinskamp: Versammlung. Tagesordnung: 1. Wahl von Kontrolleuren u. der Bibliothekkommission. 2. Regelung des Arbeitsnachweises, Herbergswesens, der Kolportage des Verbandsorgans und anderer innerer Einrichtungen der Zahlstelle.

Die Lokalverwaltung.

Rendsburg. Am Sonnabend, den 8. Juli, Abends 8½ Uhr: Versammlung bei Peter Arbs. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Einhändigung der neuen Mitgliedsbücher. 2. Abrechnung. 3. Vortrag über: „Der Werth der Verkürzung der Arbeitszeit". 4. Lokalfrage und Herbergswesen. 5. Fragekasten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Die Lokalverwaltung.

Wandsbeck. Kombinirte Versammlung der Bürstenmacher, Drechsler, Stellmacher und Tischler am Dienstag, den 4. Juli, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Sternberg, Hübeckerstraße 55. Tagesordnung: 1. Wahl der Lokalverwaltung. 2. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Achtung Nordhausen.

Unser bisheriger Bevollmächtigter **Peter Hansen** ist, ohne seinen Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachgekommen zu sein, heimlich verschwunden.

Wir ersuchen die Zahlstellen, auf den Inhaber des Buches Nr. **10837** zu achten und uns sofort Nachricht zu geben.

Nordhausen.

H. Schirmer, Kassirer,
Petersberg 26.

Achtung.

Das Verbandsmitglied **Ernst Kardel,** Tischler, Buch-Nr. 46743, geb. am 24. 12. 61 zu Bielefeld i. Holst., eingetreten d. 26. 8. 91 zu Herford i. Westf., ist, nach Unterschlagung von Verbandsgeldern, von hier verschwunden. Die Zahlstellen-Verwaltungen werden hiermit von dem zu Kardel gemacht, und sollen derselbe dingfest machen, hinter mir, und zu benachrichtigen.

W. Kloß,
Bev. der Zahlstelle Herford in Westfalen,
Lindenstraße 143, 1. Et.

Deutscher Tischlerverband.

Zahlstelle Altona.

Nochmals:

Kombinirte Versammlung

am 4. Juli, Abends 8½ Uhr.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Fragekasten. 3. Innere Angelegenheiten.

Wegen der Abrechnung müssen die Beiträge spätestens in dieser Versammlung entrichtet werden.

Die Ortsverwaltung.

Reisender, tüchtiger Verkäufer,

Branche, ob geschweifte oder Kastenmöbel, auch Tour, gleichgültig, sucht baldigst Stellung, event. Vertretungen gegen Provision. — Tüchtige Waarenkenntniß, langjährige Erfahrung. — Offerten unter **C. K. 2610** befördert **Rudolf Mosse, Hannover.**

Schreinermeister gesucht,

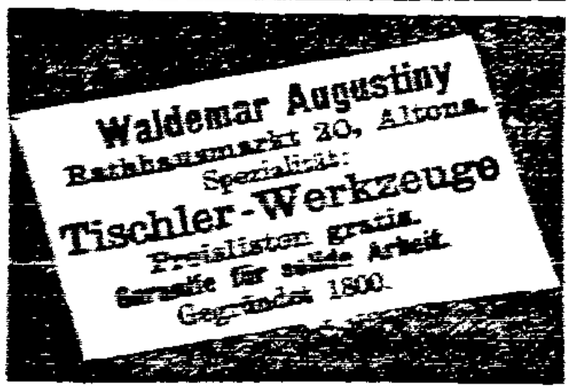
welche sich für den Verkauf von patentirten Artikeln, überall leicht verkäuflich, interessiren. Lohnender Verdienst. Adressen unt. **U. 6474** an **Rud. Mosse, Köln.**

„Der praktische Tischler",

Wegweiser zur Selbstständigkeit,

Preis M. 1,85,

ist vorräthig in jeder Buchhandlung sowie in der Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung".



Kehlleisten

in allen Holzarten

liefert in sauberster Ausführung zu billigsten Preisen die

Holzbearbeitungs- u. Kehlleistenfabrik

Gundlach & Asmussen,

Altona, Mörkenstr. 24.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flinsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrole.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn effektuirte im Jahre 1891 6528 Aufträge.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Sengstack & Lehmann.

Hamburg. Herrengraben Nr. 8/9. Hamburg.

Eisenwaaren-Handlung.

Komplettes Lager von Werkzeugen für Tischler und Bildhauer.

Hobelbänke, Hobel, Schraubzwingen, Böcke, Knechte, amerik. Hobel, Holz-Aufsätze, Bajen, Füße 2c. Große Auswahl in **feinen Möbelbeschlägen** in Nickel, Cuivre poli, vergoldet, Eisen- und Aluminium-Bronze.

Rothes und braunes Möbelwachs

liefert in vorzüglicher Qualität der Kilo **M. 3.** Bei Abnahme von 5 Kilo Franko-Zusendung.

W. Lehmann,
Sulzbach bei Saarbrücken Nr. 113 a.

Darmstadt.

Freund **Heinrich Häfner,** Schreiner aus London, wie ist Deine jetzige Adresse?

[M. 1,20] **J. Köhler, Wandsbeck,** Langereihe 8.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.